

KAPITEL 5

VON EINER ›INNEREN ANGELEGENHEIT‹, DIE AUSZOG, EUROPA DAS FÜRCHTEN ZU LEHREN. TRANSSTAATLICHE POLITISCHE MOBILISIERUNG UND DAS ›KURDENPROBLEM‹

ILJA MERTENS¹

Einleitung

Im Februar 1999, unmittelbar nach der Entführung des Generalsekretärs der Kurdischen Arbeiterpartei *Partiya Karkarên Kurdistan* (PKK) durch den türkischen Geheimdienst, wurden in ganz Europa etwa gleichzeitig Botschaften und Parteizentralen von Kurden besetzt. Auch mit Selbstverbrennungen, Demonstrationen und Anschlägen auf türkische Einrichtungen inszenierten Kurden ihren Protest. Das von der türkischen Regierung als »innere Angelegenheit« bezeichnete Terrorismusproblem stellte sich als ein Europa übergreifender transstaatlicher Konflikt heraus. Der Konflikt zwischen Kurden und Türken in Südostanatolien beschränkte sich nicht auf das Territorium seiner Entstehung, auf die Türkei und ihre Nachbarländer mit kurdischem Bevölkerungsanteil, also auf Irak, Iran und Syrien, sondern hat sich auf Europa, insbesondere auf Deutschland, ausgeweitet. In diesem Zusammenhang ist behauptet worden, daß sich ethnische Auseinandersetzungen im Emigrationsland auf die Integrationsentwicklung der Immigranten im Zuzugsland auswirkten; zum Beispiel ist von »Konfliktimport durch Immigration« die Rede (Brieden 1996: 34). Von den zwei Millionen in Deutschland lebenden Bürgern türkischer Herkunft sind schätzungsweise 500.000 Kurden. Die politischen Aktivisten unter ihnen sind bundesweit, europaweit und zwischen Deutschland und der Türkei vornehmlich durch den Austausch politischer und kultureller Inhalte und wirtschaftlicher Ressourcen vernetzt. In transstaatlichen Räumen verdichten sich die ökonomischen, politischen und kulturellen Beziehungen zwischen Personen und Kollektiven über Staatsgrenzen hinweg (vgl. Faist, Kap. 1 in diesem Band). Im Fall des transstaatlichen Raums der Kurden dominiert die politische Dimension die anderen Variablen.

Die Auseinandersetzung zwischen Türken und Kurden ist nicht auf

das Gebiet der Türkei beschränkt. Die PKK war in der Lage, in der Türkei existierende Mechanismen zur sozialen Kontrolle auf einen Teil der in Deutschland lebenden Kurden zu übertragen. Für die Mobilisierung der Kurden in Deutschland und Europa bediente sich die PKK symbolischer Bindungen, in diesem Fall solcher mit ethno-nationalistischem Inhalt, um die Solidarität zu fördern. Im Zuge dessen erweitert sich die Möglichkeit, Mitglieder der kurdischen Gemeinde in Deutschland zu überwachen. Diffuse Solidarität ist für Gruppen wie die der Kurden von Bedeutung: Sie ist Bestandteil größerer »Wir-Gruppen«, in denen sich das Zugehörigkeitsgefühl nicht mehr durch die persönliche Bindung aller Mitglieder konstituiert, sondern über die Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder einer Nation. Das bedeutet beispielsweise, daß in Krisensituationen eine Person die andere nur aufgrund des Zugehörigkeitsgefühls zu einer gemeinsamen Gruppe auch ohne persönliche Bekanntschaft unterstützt. Der Anspruch der PKK, Alleinvertretung aller Kurden zu sein und die damit einhergehende Behauptung der Existenz einer homogenen kurdischen Nation zielt darauf, die Kurden als eine »Wir-Gruppe« zu etablieren. Die von der PKK vorausgesetzte kurdische Solidarität wird bei eventuellem Widerstand zum Teil auch gewaltsam durchgesetzt, so etwa in Form von körperlicher Gewalt oder Schutzgelderpressung. Das ist dann eine Form von negativem bzw. saurem Kapital (vgl. Faist, Kap. 1 in diesem Band).

Die weitere Entwicklung von kollektiver Identität wie auch die Integration von Immigranten haben sich sowohl auf das Immigrationsland als auch auf das Emigrationsland ausgewirkt. Es entsteht ein interdependentes, reziprokes Beziehungsgeflecht, das viele Ebenen der Emigrations- und Immigrationsländer betrifft. Das heißt, daß sich die Entwicklung von Organisationen in diesem Fall nicht allein in der Türkei oder in Deutschland verorten läßt, sondern daß die unterschiedlichen Entwicklungsstufen sich über die Grenzen von souveränen Staaten hinweg gegenseitig bedingen und beeinflussen. Bei der Untersuchung der prominentesten, transstaatlichen sozialen Bewegungsorganisation der Kurden, der PKK, wird genau dieses Phänomen oft nicht genügend berücksichtigt. Die gängigen Theorien der Entwicklung sozialer Bewegungen konzentrieren sich hauptsächlich auf Entwicklungen innerhalb eines Staates, wobei transstaatliche Aspekte nicht erfaßt werden. Würden nur innerstaatliche Faktoren berücksich-

tigt, so wäre die Chance der in der Türkei lebenden Kurden, ihren Protest erfolgreich formulieren zu können und eine Bewegung zu konstituieren, als weniger günstig einzustufen gewesen. Ergänzt man diese Betrachtungsweise um eine transstaatliche Dimension, so ist es möglich, den hohen Mobilisierungsgrad der Kurden besser zu verstehen. Die PKK als genuin transstaatliche Bewegung scheint in der Lage zu sein, Defizite bei der Mobilisierung ihrer Mitglieder und Sympathisanten in der Türkei anderweitig auszugleichen.

These des vorliegenden Beitrags ist demnach, daß die PKK die zu einer erfolgreichen Mobilisierung beitragenden Faktoren wesentlich auch außerhalb der Türkei vorfindet bzw. produziert oder dort nutzt und wieder in die Türkei reimportiert. Das bedeutet, daß es ohne Kettenmigration von der Türkei nach Deutschland und den Transfer von sozialem und kulturellem Kapital eine derartige Mobilisierung von Kurden durch die PKK in Deutschland und der Türkei bzw. Europa nie gegeben hätte.

Ich werde zunächst Aspekte der Formierung sozialer Bewegungen am Beispiel des *Political Process Model* von McAdam (1982) darstellen. Danach untersuche ich die aus diesem Modell abgeleiteten Faktoren wie die politisch-rechtliche Situation, Aufbau und Leistungsfähigkeit der Organisation in der Türkei sowie die diffuse Solidarität der PKK-Mitglieder. Im Anschluß daran gehe ich kurz auf den Verlauf und die Form der Migrationsbewegung Türkei–Deutschland ein, um die Dimension des transstaatlichen Raums der Kurden Türkei–Deutschland herauszuarbeiten. Unter der Fragestellung, welche unterschiedlichen Faktoren eine erfolgreiche Mobilisierung ermöglichten, werden im nächsten Teil Mobilisierungsfaktoren in abgewandelter Form auf die Verhältnisse im transstaatlichen Raum übertragen. Dabei beobachte ich die Folgen transstaatlicher Aktivitäten der PKK sowie die Reaktionen von Bundesrepublik und Türkei. Durch die so gewonnenen Einsichten werde ich zu dem Schluß kommen, daß sich die politische Mobilisierung der PKK nur in einer transstaatlichen Perspektive erklären läßt. Abschließend gehe ich der Frage nach, ob und inwiefern die Lösung des ›Kurdenproblems‹ zusätzlich dadurch erschwert wird, daß die transstaatliche Dimension dieses Konflikts von den beteiligten Staaten unterschätzt wird.

Zur Theorie Sozialer Bewegungen

Unter den Theorien sozialer Bewegungen soll der Ansatz aus der Modellgruppe der Ressourcenmobilisierung, der »*political process approach*«, als Ausgangspunkt dienen. Dem Begriff »*political process*« liegen zwei zentrale Ideen zugrunde: Erstens, soziale Bewegungen sind vor allem eine Erscheinungsform politischer Umstände und nicht in erster Linie Folge der individuellen sozialen Konstitution einer Person. Es ist in diesem Zusammenhang wesentlich von Bedeutung, wie stark ein Individuum in Netzwerke einer Bewegung integriert ist. Personen, die zwar grundsätzlich von den Zielen einer Organisation überzeugt sind, können ohne soziale und symbolische Bindungen zu dieser Gruppe jedoch nur schwer mobilisiert werden. Zweitens ist hier der gesamte Prozeß einer Bewegung Gegenstand der Untersuchung: Es werden nicht nur einzelne Aspekte oder Phasen analysiert, sondern die gesamte Entwicklung, von der Entstehung bis zum Niedergang. Bei der Analyse sozialen Widerstands wird den Faktoren, die einen institutionalisierten politischen Prozeß formen, jeweils die gleiche Bedeutung beigemessen. Das heißt, daß keines der Elemente das andere dominiert oder für sich die Initiierung einer sozialen Bewegung vermag (McAdam 1982: 36).

Dem politischen Prozeßmodell liegt die Annahme zugrunde, daß sich Besitz und Macht in den Händen bestimmter Gruppen der politischen Elite konzentriert, und so der größte Teil der Gesellschaft von den sie betreffenden Entscheidungen ausgeschlossen ist. Zur Änderung dieses Zustands versuchen soziale Bewegungen ihren politischen Einfluß im System zu erhöhen, indem sie u.a. von der staatlichen Ordnung abweichende Mittel einsetzen, wie etwa Gewalt bei Demonstrationen, Hungerstreiks und Terroranschläge. Art und Umfang des Widerstands der von der politischen Macht ausgeschlossenen Gruppen hängen von den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Dabei wird vorausgesetzt, daß jedes politische System Möglichkeiten der Veränderung bietet. Neben den strukturellen Bedingungen für die Entstehung von Widerstand sind die eigene Wahrnehmung und Bewertung der Gruppe hinsichtlich ihrer Stellung im System von Bedeutung. Ein wichtiger Orientierungspunkt für Politiker ist dabei die grundsätzliche Möglichkeit, Zugang zu staatlichen Entscheidungsprozessen zu haben. Anerkannte Repräsentanten und Gruppierungen des

politischen Systems versuchen die bestehenden Verhältnisse zu konservieren, das heißt Herausforderern den Zugang zur Macht zu verwehren. Kann sich entgegen dieser Zustände Widerstand formieren, so ist das als Indiz dafür zu sehen, daß Gruppierungen die Fähigkeit besitzen, Massenhandeln zu organisieren und aufrechtzuerhalten. Der Handlungsspielraum von sozialen Gruppen ist dann gering, wenn sie wenige Mitglieder und eine wenig entwickelte Infrastruktur hat. Eine Gefährdung besteht außerdem darin, daß das Programm der Gruppe sowie deren Handlungsweise in den Bereich des Illegalen fallen und sie dadurch repressiven Gegenmaßnahmen ausgesetzt sind.

Trotz der grundsätzlichen Möglichkeit von Gruppen, dauerhaft Einfluß zu nehmen, sind die Schutz- und Selbsterhaltungsmechanismen sozio-politischer Strukturen gewöhnlich ausreichend, um kollektives Handeln zu behindern. Daraus kann abgeleitet werden, daß für die Initiierung und Weiterentwicklung politischen Widerstands weder die systemischen noch die einer Bewegung innewohnenden Bedingungen alleine, sondern beide Dimensionen in Verbindung miteinander ausschlaggebend sind. McAdams Modell beruht in diesem Fall auf der Annahme, daß soziale Bewegungen Ergebnis eines fortlaufenden Prozesses sind, bei dem die Bewegung selber und die sozio-politische Gestalt des Systems, das verändert werden soll, in reziproker Beziehung stehen (McAdam 1982: 39-40).

Die Entstehung von Widerstand

Für die Entwicklung von Protest sind dem Politischen Prozeßmodell zufolge drei Faktoren maßgeblich von Bedeutung: Der Organisationsgrad innerhalb der betroffenen Bevölkerungsgruppe, Einigkeit innerhalb der Organisation über Sinn und Zweck des Widerstandes und dessen Aussicht auf Erfolg und das Verhalten derer, die Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen haben. Daraus lassen sich drei Kategorien ableiten: Erstens die politischen Chancenstrukturen, zweitens die organisationelle Stärke und drittens das kollektive Bewußtsein einer sozialen Gruppe.

Politische Chancenstrukturen

Gruppierungen, die keinen Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen haben, besitzen erst einmal geringe Möglichkeiten, auf diese

Einfluß zu nehmen. Jedoch ist dieser Zustand entwicklungsfähig und kann sich durchaus entscheidend verändern. Protest allgemein kann schon ein Zeichen dafür sein, daß sich politische Möglichkeiten verändern. Solche Veränderungen sind nicht einfach die direkte Folge von sozio-ökonomischen Prozessen wie etwa Industrialisierung oder Urbanisierung. Die Entstehung politischen Widerstands basiert vielmehr auf einer Langzeitentwicklung mehrerer solcher Vorgänge. In der Regel schafft erst die Kumulation sozio-ökonomischer Entwicklungen die Voraussetzung für eine Änderung der Machtstrukturen und Formen kollektiven Handelns. In Folge einer solchen Entwicklung kann die Bewegung zwei unterschiedliche Ziele verfolgen: Sie kann gegen das bestehende System opponieren und dessen Abschaffung betreiben wollen oder aber mit dem System konform gehen, um so schließlich eine einflußreichere Position darin einnehmen zu können. Die Formen kollektiven Handelns variieren dabei zwischen legalen und illegalen Mitteln.

Veränderungen in der politischen Chancenstruktur können die Aussicht auf Erfolg des Widerstands verbessern, denn dadurch ist es marginalisierten Gruppen überhaupt erst möglich, an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Eine erste Beteiligung ist unter Umständen von sehr geringer Wirkung und muß daher nicht zwangsläufig zum Erfolg führen. Hat die politische Bedeutung der Gruppe zugenommen, so ergeben sich daraus neue und verbesserte Möglichkeiten für die Gestaltung kollektiven Handelns bei der Durchsetzung gemeinsamer Ziele. Entsprechend des Machtzuwachses innerhalb des Systems wird die Bewegung schwerer angreifbar. Damit steigen automatisch die Kosten, die die politische Elite für repressive Maßnahmen aufwenden muß. Diese Entwicklung senkt die Risiken kollektiven Handelns und ermutigt die Bewegung zusätzlich, ihre Aktivitäten aufrecht zu erhalten und auszuweiten.

Davon ausgehend schlüsselt McAdam (1996: 23) das Feld der politischen Möglichkeiten in vier Dimensionen auf. Diese können sich positiv oder negativ auf die Entwicklung einer sozialen Bewegung auswirken: Begünstigend sind (1) die Zugangsmöglichkeiten zum etablierten politischen System und seinen Einrichtungen und (2) die Existenz von Bündnissen der Organisation mit Gruppen der Elite wie etwa politische Parteien oder legale Interessenverbände. Blockierend wirken hingegen (3) die innere Stabilität elitärer staatstragender Gruppen und (4)

der Grad der Bereitschaft staatlicher Akteure Repressalien auszuüben. Grundsätzlich gilt, daß soziale Bewegungen durch die politischen und institutionellen Verhältnisse desjenigen Staates, innerhalb dessen sie handeln, entscheidend beeinflusst und geformt werden.

Endogene Stärke der Organisation: Infrastruktur und Kommunikationsmöglichkeiten der Bewegung

Günstige politische Chancenstrukturen schaffen die Voraussetzung für den Erfolg einer sozialen Bewegung. Damit eine Bewegung handlungsfähig wird und bleibt, bedarf es aber auch bestimmter Ressourcen innerhalb der Bewegung. Erst dann können günstige politische Möglichkeiten zum Vorteil der Bewegung genutzt werden. Eine potentielle Widerstandsgruppe muß also aufgrund ihrer Konstitution in der Lage sein, politische Verhältnisse so auszunutzen, daß daraus eine gefestigte Widerstandsorganisation entsteht.

Zu den wichtigsten Ressourcen einer Bewegung zählen Bindungen zwischen den Mitgliedern, die Art der Anreize für ein Engagement sowie Kommunikationsmöglichkeiten und charismatische Anführer. Dies stärkt die sozialen und symbolischen Bindungen. Bei der Anwerbung von Mitgliedern gilt: Je stärker das potentielle Mitglied sozial in die Minderheitengemeinde eingebunden ist, desto größer ist die Chance auf Mobilisierung. Für das Zustandekommen eines Engagements ist ausschlaggebend, inwieweit das zu mobilisierende Mitglied Kontakt zu der Bewegung und deren Inhalten hat.

Organisationen, die aus einer oder mehreren kleineren Gruppierungen entstanden sind, benötigen bestimmte Anreize, um Mitglieder zu gewinnen, zu halten und neue zu mobilisieren. Bewegungen reproduzieren sich dadurch, daß, im zwischenmenschlichen Bereich, innerhalb der Bewegung Belohnungen oder Sanktionen vergeben und empfangen werden. Dadurch ist es möglich, dem Problem des »Trittbrettfahrens« entgegen zu wirken, welches den Mitgliedern von Bewegungen die Gewinnung neuer Aktivisten erschwert, da jene auch ohne Beteiligung in den Genuß erreichter Veränderungen kämen. Für bestehende Organisationen trifft dieses Problem jedoch nicht zu, da sie bereits eine gefestigte Struktur bestimmter Anreize vorweisen können (McAdam 1982: 46).

Für den Erfolg einer Organisation ist eine effiziente Infrastruktur unbedingt notwendig. Ein funktionierendes Kommunikationsnetz-

werk entscheidet maßgeblich über Art, Wachstum und Ausmaß einer Bewegung. Gruppenbewußtsein allein reicht ohne eine funktionierende Kommunikationsstruktur nicht aus, um eine Bewegungsorganisation zu initiieren. Ohne eine grundlegende Infrastruktur ist es nicht möglich, politisches Massenhandeln zu erzeugen. Selbst wenn über den Inhalt des Protests Einigkeit besteht, kann aufgrund schlechter Verständigung innerhalb einer Gruppe der Erfolg einer Widerstandshandlung be- oder sogar verhindert werden. Je einfacher der Inhalt des Protests durch sozial gefestigte Strukturen diffundieren kann, desto höher ist die Chance, potentielle Mitglieder der Bewegung zu mobilisieren.

Schließlich sind Anführer oder Hauptorganisatoren von Bedeutung. Es bedarf anerkannter Führungspersönlichkeiten, die die Bewegung und ihre Handlungen zentral koordinieren. Zu diesen Persönlichkeiten gehören Individuen, die oft bereits vor Entstehung einer Bewegung hohe Positionen in anderen Organisationen bekleidet haben. Die daraus resultierende Autorität und ihre organisatorischen Fähigkeiten qualifizieren sie für führende Positionen innerhalb einer Bewegung. Anführer einer Bewegung dienen als ›Zugpferd‹ bei der Entwicklung einer Organisation an denen sich Mitglieder und Sympathisanten orientieren können.

Kognitive Befreiung

Drittes konstitutives Element einer sozialen Bewegung ist die Art der Wahrnehmung politischer und persönlicher Verhältnisse: Für die Entstehung einer Bewegung bedarf es einer Bewußtseinsveränderung innerhalb der betroffenen Minderheitengruppe. Die Mitglieder der benachteiligten Gruppe müssen sich ungerecht behandelt fühlen. Hinzu muß kommen, daß sie ihre individuelle Diskriminierung oder Marginalisierung als einen Aspekt der kollektiven Benachteiligung der Gruppen auffassen, der sie angehören. Nur unter der Voraussetzung einer gelingenden Transformation subjektiv empfundener Mißstände in kollektive Repräsentationen ist auch der Spielraum für gemeinsames Handeln und damit die Möglichkeit zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse gegeben. Ähnlich hatte diesen Zusammenhang bereits Karl Marx dargestellt, nach dessen Theorie die politisch impotente Masse im Prozeß ihrer kollektiven (Selbst-)Identifikation als eine entfremdete Masse politisch handlungsfähig wird. Erst dann besteht für die Gruppe die Möglichkeit, sich selbst als legitim wahrzunehmen,

kollektiv zu handeln und so die bestehenden Verhältnisse zu verändern.

Zusammengefaßt setzt das politische Prozeßmodell die Strukturen politischer Möglichkeiten, die endogene Stärke der Organisation und das gemeinsame Bewußtsein bzw. ein bestimmtes Bewußtsein der Gruppe miteinander in Beziehungen und betont die Gleichwertigkeit aller Faktoren. Um die einzelnen Aspekte möglichst komplett darstellen zu können, bedarf es der Betrachtung längerer Zeitabschnitte; Momentaufnahmen und die Beschränkung auf einzelne Ereignisse wären in diesem Fall unzureichend. Keinem der Elemente wird aufgrund seiner Position inner- oder außerhalb der Bewegung besondere Bedeutung beigemessen. Eine soziale Bewegung ist Produkt aller dieser in interaktiver Beziehung stehenden Faktoren, die für sich allein nicht ausreichend wären, einen derartigen Prozeß zu beschreiben.

Die PKK

Für die Entstehung kollektiver Mobilisierung werden hier gemäß des skizzierten Modells drei Faktoren untersucht: Die politisch-rechtliche Situation, die organisationelle Infrastruktur der PKK und das Identitätsbewußtsein der Mitglieder.

Die politisch-rechtliche Situation in der Türkei

Grundsätzlich widerspricht es dem kemalistischen Verständnis einer homogenen Nation, daß sich auf dem Territorium der Türkei eine Gruppierung als vom türkischen Volk ethnisch verschieden bezeichnet und in diesem Zusammenhang Forderungen stellt. Auch wenn beispielsweise die Verfassung nach dem Militärputsch 1960 die Wahrung des Rechts auf die Ausübung politischer Grundrechte ursprünglich vorsah, so konnte dies nicht oder nur teilweise durchgesetzt werden. Die Zugangsmöglichkeiten zum politischen System für bekennende Kurden waren äußerst gering oder gar nicht existent. In der Türkei gab es trotzdem immer wieder Versuche von Kurden, sich öffentlich zu organisieren. Die Maßnahmen der türkischen Regierungen waren repressiver Art. Kurden sahen es als unmöglich an, ihre Forderung z. B. nach Anerkennung der kurdischen Sprachen durch den türkischen Staat in der Öffentlichkeit gefahrlos zu äußern. Verschiedene kurdi-

sche Parteien oder solche Vereinigungen, die für ethnischen oder nationalen Pluralismus auf dem Gebiet der Türkei eintraten, wurden mit der Begründung verboten, daß der Staatsfrieden nachhaltig gefährdet sei. Damit waren Bündnisse mit politischen Parteien oder Interessenverbänden per Gesetz verhindert. Beispielsweise sprach das Militär bei Übernahme der politischen Macht 1971 Verbote von Parteien und anderen Organisationen aus. So verboten die türkischen Streitkräfte die Organisation der »Revolutionären Kulturvereine des Ostens«. In den Folgejahren, in denen bis 1973 das Kriegsrecht galt, kam es zur Verhaftung mehrerer führender Mitglieder dieser Organisation.

Im folgenden wird deutlich, daß die Bereitschaft des türkischen Staates, Repressionen gegenüber den Kurden einzusetzen, eine herausragende Stellung unter den vier zuvor erwähnten Aspekten politischer Möglichkeiten in der Türkei einnimmt: Seit Beginn des Konflikts in Südostanatolien wurden nach Angaben der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* neben militärischen Einsätzen mehrere tausend kurdische Dörfer zwangsumgesiedelt und zerstört. Die türkische Exekutive soll per Gesetz zur Bekämpfung von Terrorismus mehrere tausend Personen verhaftet haben (Falk 1998: 81). Neben direkter Gewalt verbot sie beispielsweise den Gebrauch von nicht-türkischen Sprachen (vgl. Liese, Kap. 8 in diesem Band). 1983 erließ die damalige Militärregierung das Gesetz Nr. 2932. Dieses Sprachengesetz verbot nach Artikel 2 Gebrauch, Verbreitung, Druck und Ausdruck von Gedankengut in einer vom türkischen Staat nicht anerkannten Sprache. In Artikel 3 ist in Anlehnung an das Bild einer homogenen türkischen Nation Türkisch als die einzige Muttersprache auf dem Territorium der Türkei festgeschrieben. Die Umsetzung dieser gesetzlichen Forderung soll bis in die Privatsphäre von Kurden Auswirkungen gehabt haben. So soll es etwa zu Verhaftungen von Kurden gekommen sein, die Kurdisch im Privatbereich benutzt hatten (Yavuz 1998: 14).

In der Regierungszeit Turgut Özals (1983-1991) änderte sich diese Situation geringfügig. Özal hob 1991 das Verbot nicht-türkischer Sprachen auf, von denen es drei Haupt- und viele Subdialekte gibt (Falk 1998: 127-130). Ihm wird nachgesagt, daß er sich aktiv für einen Dialog mit Kurden eingesetzt habe. Özal stellte erstmals Überlegungen an, in denen er die Frage nach der ethnischen Homogenität des türkischen Volkes aufwarf (Falk 1998: 117). Während seiner Amtszeit entschärfte die türkische Legislative verschiedene Gesetze der straf-

rechtlichen Verfolgung von Kurden. Der Premierminister bezeichnete die Kurden in der Türkei als ethnische Gruppe und gestand ihnen pro forma mehr kulturelle Freiheit zu. Außenpolitische Überlegungen, etwa die Stärkung europäisch-türkischer Beziehungen, veranlaßten Özal ein Gesetz einzuführen, das den Gebrauch einer kurdischen Sprache erleichterte. Kurdisch war zwar weiterhin als Amtssprache verboten, jedoch bestand nun die Möglichkeit, Kurdisch zumindest folkloristisch zu gebrauchen, etwa in Form der Pflege kurdischen Liedguts. Zusätzlich war es möglich, in kurdischer Sprache zu publizieren. Özals Regelung zur Sprache war jedoch unvereinbar mit Artikel 89 der seit 1982 geltenden türkischen Verfassung. Darin wird politischen Parteien Schutz, Entwicklung oder Verbreitung einer nicht-türkischen Sprache oder Kultur untersagt. Es sei zudem verboten, sich als Minderheitengruppe zu organisieren, die die nationale Einheit der Türkei gefährden könnte (Yavuz 1998: 15).

Hinsichtlich der ›Kurdenfrage‹ zeichneten sich das türkische Militär sowie die ansonsten labilen politischen Parteien durch große Kontinuität aus: Die Führung des türkischen Militärs schloß sich Özals Politik nicht an und veränderte die militärische Präsenz und Taktik in Südostanatolien nicht. In den folgenden Jahren bis zu Özals Tod wurden die Handlungsmöglichkeiten der PKK-Aktivisten weiter eingeschränkt. Unter Tansu Ciller, der Nachfolgerin Özals, ging das Militär im Juli 1993 mit einer Großoffensive gegen die PKK vor, wobei angeblich hunderte kurdischer Siedlungen zerstört wurden. Das türkische Militär drang während der Amtszeit Tansu Cillers mit 35.000 Soldaten bis in die UN-Schutzzone des Iraks vor (Falk 1998: 117). Verhandlungen der türkischen Regierung mit den Kurden im Irak und der syrischen Staatsmacht führten zu einem zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der PKK und den kurdischen Parteien des Irak, der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) und der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK). Außerdem weitete das Militär seinen Aktionsradius aus: 1997 bestätigte das türkische Außenministerium die Errichtung einer ständigen Sicherheitszone, die bis in den Irak hineinreichte (Fischer Weltalmanach 1998: 725). Zum anderen entzog die Regierung in Damaskus der PKK ihre Unterstützung, was 1998 zur Schließung des Hauptquartiers im Bekaatal führte.

Die Lebensbedingungen der kurdischen Zivilbevölkerung verschlechterten sich, obwohl die internationale Gemeinschaft die Türkei

dazu bewegen konnte, die militärische Großoffensive im Irak zu beenden. In der folgenden Zeit geriet die Zivilbevölkerung sowohl durch das türkische Militär als auch durch die PKK unter Druck. Vertreibung und Flucht waren die Folgen. Beide Parteien sollen im Rahmen von Sanktionierungen für vermeintlich konspiratives Verhalten mit der einen oder anderen Seite mit äußerster Härte vorgegangen sein. In diesem Zusammenhang wird von Mißhandlungen in Form von Folter bis hin zu Tötung gesprochen (Falk 1998: 118)

Auf Verhandlungsangebote Öcalans bezüglich eines Waffenstillstands reagierte die Türkei zu keinem Zeitpunkt des Konflikts. Auch die Abkehr des Generalsekretärs der PKK von seiner Forderung eines unabhängigen Kurdenstaats zugunsten einer Teilautonomie in einem föderativen Verbund konnte die Türkei nicht zu Verhandlungen bewegen. Der derzeitige türkische Premierminister Bülent Ecevit bewertet den Konflikt im Südosten mehr als ökonomisches, denn als ethnisches Problem. Es gelte, die Entwicklungsdefizite und die im Südosten bestehenden feudalistischen Strukturen zu bekämpfen. Mit der sogenannten »Operation Zärtlichkeit« wollte die türkische Regierung Anfang 1999 durch finanzielle Unterstützung und gleichzeitige Teilamnestie einfacher PKK-Kämpfer die Region befrieden (Die Woche, 20.2.1999: 18)

Insgesamt sind die politischen Möglichkeiten für die Durchsetzung kurdischer Autonomie seit Gründung der Republik Türkei 1923 sehr gering. Gemäß der kemalistischen Staatsphilosophie ist das türkische Volk ethnisch homogen, und es existiert nur eine Muttersprache. Damit werden Gruppen, die sich als ethnische Minderheit verstehen, kriminalisiert. Kurdischen Gruppierungen ist der Zugang zum politischen System der Türkei und deren Einrichtungen *de jure* zum großen Teil verwehrt. Ebenso wenig gelingt ihnen aufgrund der Rechtslage die Zusammenarbeit mit Teilen der politischen Elite. Repräsentanten türkischer Menschenrechtsvereine, die über die Situation der Kurden in der Türkei einen Bericht veröffentlichten, wurden angeklagt, die türkische Grundordnung gefährdet zu haben (vgl. Liese, Kap. 8 in diesem Band). Die Gesetzesänderungen unter Özal konnten an der Situation der Kurden in der Türkei grundsätzlich nichts ändern. Dies hängt unter anderem damit zusammen, daß die Politik Özals sich nicht nachhaltig auf das Selbstverständnis des türkischen Militärs und des Nationalen Sicherheitsrats auswirkte. Diese sind berechtigt, unabhängig von

der Legislative zu entscheiden, in welchen Fällen die kemalistischen Grundwerte durch separatistische Aktivitäten gefährdet sind oder nicht. Weiteres Indiz für die herausragende Stellung des Militärs ist die Tatsache, daß 1997 für dessen Unterhalt 17,6 % des türkischen Staatshaushalts aufgewendet wurden. Zum Vergleich: Im selben Jahr betrug der Anteil des Militärbudgets am Staatshaushalt in Deutschland 10 % und in den USA 15,8 % (Der Spiegel Almanach 1998: 539).

Die Türkei setzte also politische, juristische und militärische Mittel ein, um die Autonomiebestrebungen der Kurden zu bekämpfen. Im Zuge dieser Maßnahmen wurden Personen benachteiligt, die sich durch Sprache oder Kultur zwangsläufig oder willentlich von der offiziellen türkischen Kultur unterschieden. Für Kurden ergaben sich daraus Schwierigkeiten beim Erwerb von Grundstücken, der Sicherung von regelmäßigem Einkommen und Besitz, dem Zugang zu Bildung und Leistungen des Gesundheitssystems sowie beim Bezug staatlicher Förderungen. Die Entwicklung der ohnehin schwachen sozio-ökonomischen Struktur Südostanatoliens unterschied sich dadurch deutlich von den Verhältnissen im Westen der Türkei. Mitte der 1990er Jahre betrug beispielsweise der Pro-Kopfanteil am Bruttosozialprodukt im Südosten – jeweils im Vergleich zum Westen der Türkei – weniger als die Hälfte: Kindersterblichkeitsrate 6,0 % gegenüber 4,3 %; Analphabetenrate 26 % gegenüber 14 %; Gesundheitspersonal auf 1.000 Einwohner 2 gegenüber 3,2 (İçduygu et al. 1999: 1002).

Hinsichtlich der Kriterien McAdams ist feststellbar, daß die Türkei ein autoritärer Rechtsstaat ist, der entlang des kemalistischen Nationenverständnisses versucht, die politischen Möglichkeiten für Gruppierungen, die dem Bild einer ethnisch homogenen Türkei widersprechen, so stark wie möglich zu beschneiden. Dabei läßt die Kontinuität, mit der die Türkei Repressalien gegenüber Kurden ausübt, auf eine hohe Kohärenz in dieser Frage innerhalb der etablierten politischen Parteien und des Militärs schließen. Daraus folgt, daß wenig oder keine bedeutenden Kooperationen der Kurden mit Gruppen der Elite zustande kommen. Diese schlechte politische Chancenstruktur in der Türkei müßte demnach die Entstehung einer sozialen Bewegung der Kurden auf dem Gebiet des türkischen Staates stark behindert haben.

Aufbau und Infrastruktur der PKK in der Türkei

In der Türkei ist die Führungsebene der PKK in ein Zentralkomitee und ein Exekutivkomitee unterteilt, denen jeweils der Generalsekretär vorsteht. Der Generalsekretär, Abdullah Öcalan, gründete die PKK 1978 mit der Unterstützung weniger Anhänger. Nach seinem Engagement in der nationalistischen Bewegung Ende der 1960er Jahre verschrieb er sich dem Marxismus. Während des türkischen Militärputschs im September 1980 flüchtete er nach Syrien und betrieb von dort aus den Aufbau einer Guerilla. Die Aktionen als Generalsekretär der PKK gegen das türkische Militär 1984 konnte er per Funkübertragung von Damaskus aus steuern.

Die PKK ist klar strukturiert: Neben dem Zentralkomitee und Exekutivkomitee gibt es den militärischen Arm der PKK, die Volksbefreiungsarmee Kurdistans, ARGK, und den politischen Arm ERNK (Der Spiegel 8: 33). Der Partei steht ein 13-köpfiges Zentralkomitee vor. Das als »Kurdistan« bezeichnete Territorium ist in sieben Gebiete aufgeteilt, denen jeweils ein aus drei Personen gebildetes Gebietskomitee vorsteht. Dem untergeordnet sind sogenannte Provinzkomitees, die sich aus Arbeiter-, Frauen- und Jugendkomitees zusammensetzen (Cürükkaya 1997: 36). An der Mahsum-Korkmaz-Akademie im syrischen Beekatal wurden von Anfang der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre Parteimitglieder über einen Zeitraum von dreieinhalb Monaten militärisch und ideologisch geschult (Cürükkaya 1997: 83). Ein Teil der Auszubildenden wird von Mitgliedern der PKK in Deutschland aus der dortigen kurdischen Gemeinde rekrutiert. Die Zahl der ausgebildeten Parteimitglieder des militärischen Arms der PKK auf dem Gebiet der Türkei soll zu Beginn des bewaffneten Kampfes 1984 etwa vier- bis fünfhundert Personen stark gewesen sein. Mitte der 1990er Jahre zählte die PKK nach eigenen Angaben mehrere 10.000 Guerillakämpfer. Nach militärischen Offensiven im März und April 1998 erklärte der Chef des türkischen Generalstabs die PKK für weitgehend zerschlagen (vgl. Fischer Weltalmanach 1998: 725).

Für die Anwerbung von Mitgliedern hat die PKK mehrere Strategien. Mit der Parole von der kurdischen Solidarität versuchte sie beispielsweise kurdische Binnenflüchtlinge zu rekrutieren, die sich aus Mangel an familiären clanspezifischen Beziehungen in der Großstadt verloren fühlten. Die Partei versuchte mit einer kohärenten sozialen

Struktur und dem von ihr vermittelten nationalistischen Bewußtsein die verwandtschaftlichen Bindungen zu ersetzen. Bei der Bevölkerung im Südosten waren die schlechten sozio-ökonomischen Verhältnisse mit ein Grund dafür, sich für eine Mitgliedschaft in der PKK zu entscheiden. Die PKK setzte jedoch auch Gewalt gegen diejenigen ein, die sich gegen die Partei aussprachen oder unter Verdacht standen, mit der türkischen Regierung zu »kollaborieren«. 1994 sollen etwa 170 Kurden, die als »Kollaborateure« des türkischen Staates galten, von der PKK ermordet worden sein (Falk 1998: 118). Die demonstrative Gewaltanwendung gegen mutmaßliche Kollaborateure schüchterte große Teile vor allem der kurdischen Bevölkerung so sehr ein, daß die PKK auf die Unterstützung auch der ideologisch Unentschlossenen zählen konnte. Dabei sollen unter anderem führende Mitglieder aus den Anfängen der PKK umgebracht worden sein, da diese eine Gefahr für die Person Öcalans und die von ihm entwickelte Parteilinie darstellten (Cürük-kaya 1997). Auf diesem Weg gelang es Öcalan, seine Position weiter auszubauen.

In der PKK galten strenge Regeln, deren Nichteinhaltung hart bestraft wurde. Jedes Mitglied war dazu angehalten, regelmäßig sogenannte Selbstkritiken zu verfassen, in denen es galt, die eigene Person zu denunzieren und gleichzeitig den Führer zu glorifizieren und seine Ideen zu bewundern. Oft sollen in diesem Zusammenhang bereits ausgesprochene Todesurteile nach »ausreichender« Selbstanklage aufgehoben oder ausgesetzt worden sein; ein Ritual, das wiederum der Demonstration der Güte und Größe Öcalans diene. Es gab eine klare Einteilung in Agenten und Kollaborateure des türkischen Staates zum einen und in linientreue Unterstützer und Parteimitglieder zum anderen.

Die kaderartig organisierte PKK lehnte die auf der Struktur von Familien und Clans basierende Gesellschaftsform zwar aus ideologischen Gründen ab, machte sich aber gerade diese traditionelle Infrastruktur zu nutze, um auch die vorwiegend ländliche Bevölkerung einem Parasiten gleich zu infiltrieren und ideologisch zu besetzen. Die kurdische Familien- und Clanstruktur ist aufgrund ihrer starken Bindungen zwischen den Mitgliedern besonders durchlässig für die Ideen und Inhalte der Bewegung und insofern eine wichtige Basis für den Aufbau der Partei. Als Symbol für den kurdischen Befreiungskampf galt neben der Sprache auch Abdullah Öcalan, dem viele Kurden auf-

grund seiner Rhetorik und der spektakulären Aktionen seiner Partei ihre Anerkennung zollten. Auf dem als kurdisch bezeichneten Gebiet der Türkei setzte die PKK seit Anfang der 1990er Jahre militärische Gewalt ein. Dabei sollen etwa 10.000 bis 15.000 Guerillakämpfer unter dem Kommando der PKK gestanden haben (Izady 1992: 217). Diese Gruppe hielt sich im südostanatolischen Bergland auf und überschritt dabei auch die Grenzen der benachbarten Nationalstaaten.

Im Vergleich zu den politisch-rechtlichen Verhältnissen in der Türkei waren die infrastrukturellen Voraussetzungen der PKK für eine relativ dauerhafte Formierung einer Bewegung verhältnismäßig gut. Die Bedingungen für die Verbreitung kurdisch-nationalistischer Ideen und die Rekrutierung neuer Mitglieder waren in den ländlichen Gegenden günstig aufgrund des Zusammenspiels von dichten Bindungen kurdischer Familien und einer straffen Organisationsstruktur der PKK. Auch die in den Großstädten lebenden Kurden konnte die Partei durch die Eröffnung einer Lebensperspektive für sich und ihre Ziele gewinnen. Die kurdische Arbeiterpartei paßte dabei ihr Repertoire von Anreizen, die sich in Form von Belohnungen, aber auch in Verschonung von Gewalt manifestierten, an die jeweiligen Lebensumstände der Kurden an.

Diffuse Solidarität

Für die Operationalisierung des Begriffs *Kognitive Befreiung* empfiehlt es sich, im weiteren Verlauf dieser Untersuchung von diffuser Solidarität zu sprechen: Die PKK, die sich dem Marxismus verbunden fühlt und den Anspruch erhebt, alleiniger Vertreter der Kurden zu sein, geht davon aus, daß sich die Kurden innerhalb sowie gegenüber der türkischen Gesellschaft als kulturell entfremdet empfinden. Das Bestreben, die politischen und kulturellen Verhältnisse in der Türkei zu ändern, setzt nun voraus, daß sich die Kurden in der PKK nicht mehr nur als Gruppe *an sich*, sondern auch als Gruppe *für sich* betrachten. Dafür gilt es, eine Solidarität in diesem Fall für große »Wir-Gruppen« charakteristische diffuse Solidarität (vgl. Faist, Kap. 1 in diesem Band) im Dienst einer politischen Potenz aufzubauen, die für die Herstellung einer Einheit von Idee und Wirklichkeit notwendig ist.

Diffuse Solidaritäten haben unter Kurden seit Gründung der Türkei in den 1920er Jahren unterschiedliche Entwicklungsstadien durch-

schritten. Nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs bildeten sich die Staaten Türkei, Iran und Irak aus. Es stellte sich heraus, daß in allen drei Staaten die Kurden die am schwierigsten zu integrierende Gruppe war, wenn es darum ging, eine auf Religion und Loyalität einem Herrschergeschlecht gegenüber basierenden Gesellschaft in eine bürgerlich-säkulare umzuwandeln (Van Bruinessen 1998: 39). Grund dafür waren zu diesem Zeitpunkt die vielschichtigen Religionen und die clanspezifisch orientierte Solidarität der Kurden und nicht etwa ein ausgeprägter kurdischer Ethnonationalismus. Die Diversität der kurdischen Gesellschaft wurde auch durch eine ländliche Wirtschaftstradition bestärkt. Kurden bildeten politisch und wirtschaftlich relativ unabhängige Stammesverbände, von denen sich heute etwa 800 gut voneinander unterscheiden lassen (Wießner 1997: 289).

Die Idee einer kollektiven kurdischen Identität, jenseits der religiösen und familiären Zugehörigkeit, existierte zu dieser Zeit lediglich in Teilen einer akademisch gebildeten Schicht. Die weitere Verbreitung dieses Gedankens gelang erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Bei den etwa 20 Aufständen in der Zeit zwischen 1925 und 1940 spielten nationalistische Motive noch keine nennenswerte Rolle. Der Großteil der Aufständischen fühlte sich seinem jeweiligen Clan- oder Religionsführer gegenüber verpflichtet und nicht einer kurdischen Nation. Die seit Entstehung der Türkei vom Staat forcierten Mittel zur Bildung einer Nation, wie Deportation und Gewalt gegen die kurdische Zivilbevölkerung, sind ein weiterer Grund für den heute vorfindbaren politischen Widerstand von Kurden (Van Bruinessen 1998: 40). Infolge dieser Maßnahmen orientierte sich die kurdische Bevölkerung zunächst in Richtung der drei hauptsächlich betroffenen Staaten Iran, Irak und Türkei, mit dem Ergebnis, daß die Kommunikation angesichts der Illegalisierung kurdischer Sprachen über die Staatsgrenzen hinweg abnahm und viele Kurden in die entstehenden Nationen scheinbar assimiliert wurden. Dieser Zustand der vermeintlichen Assimilation der Kurden in die türkische Gesellschaft war allerdings nicht von Dauer: Die schlechte politische, soziale und wirtschaftliche Situation in Südostanatolien und in den Großstädten der Türkei trug bedeutend zur Entwicklung des Widerstands unter Kurden bei. Daneben leistete ein zur Homogenisierung der türkischen Gesellschaft eingeführtes Bildungssystem, durch das manchen Kurden in der Türkei seit den 1920er Jahren der Zugang zu einer höheren Bildung ermög-

licht worden war, dieser Entwicklung weiteren Vorschub: Entgegen der Intention des türkischen Staates, das Volk zu einen, führte die intellektuelle Auseinandersetzung von Kurden mit der Türkei dazu, daß die Identifikation mit dem propagierten türkischen Nationenverständnis abnahm.

Für den Prozeß der Entwicklung diffuser Solidaritäten war außerdem der Abbau der alten feudalen Stammesstrukturen wichtig: Dieser führte zu einer bedeutenden Veränderung der kurdischen Gesellschaften (Van Bruinessen 1998: 41). Zwangsumsiedelungen kurdischer Dörfer und die damit einhergehende geographische Aufspaltung von Clans verringerte den Einflußbereich betroffener kurdischer Stammesoberhäupter, der *Aghas*. Die traditionelle kurdische Gesellschaftsordnung war somit derart geschwächt, daß eine weitere Ethnisierung möglich war. Die Gruppen, die für kurdische Inhalte eintraten, setzten sich aus Mitgliedern mehrerer Stämme zusammen; eine Entwicklung, die sich über einen Zeitraum von etwa 50 Jahren erstreckte, von Anfang der 1920er Jahre bis Anfang der 1970er Jahre (Van Bruinessen 1998: 39). Der Loyalitätswechsel von ehemals einem Clan und dessen Anführer hin zu einer kurdischen »Wir-Gruppe«, steht für den Übergang von fokussierter Solidarität zu diffuser Solidarität unter den Kurden. Seitdem verdichten sich die ethnisch-nationalistischen Aktivitäten der Kurden.

Das türkische Militär reagierte auf diese Vorgänge: Die Entwicklungen im Südosten der Türkei wurden als ein auf kurdischem Ethno-nationalismus basierender Separatismus eingestuft und zogen eine militärische Offensive Anfang der 1980er Jahre nach sich (Robins 1993: 662). Weitere Maßnahmen waren Verhaftungen kurdischer Nationalisten, das Sprachenverbot und die dauerhafte Stationierung türkischer Einheiten zur Kontrolle der kurdischen Bevölkerung. Dies verstärkte wiederum das »Wir-Gefühl« in Teilen der kurdischen Bevölkerung und zudem die Verbreitung der kurdisch-nationalistischen Idee. Die Kurden, die aufgrund der schlechten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Südosten migriert waren, trugen diese Idee in die Großstädte der Türkei und in die kurdischen Gemeinden Europas weiter. Intensiver Straßenbau, Elektrifizierung und die Einrichtung von Dorfschulen sollten helfen, die Unterschiede zwischen der türkischen und der kurdischen Gesellschaft zu reduzieren (Wießner 1997: 289). Jedoch führten dabei die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung

kurdischen Schulunterrichts, kurdischer Rundfunkprogramme und des Gebrauchs einer kurdischen Sprache in der Verwaltung zu einer gesteigerten ethnischen und teilweise sogar nationalen Solidarität. Darüber hinaus formulierten sie ihre Ablehnung und Kritik gegenüber dem türkischen Staat und seiner Politik mittlerweile auch öffentlich.

Die repressive Politik der Türkei wirkte sich indirekt fördernd auf die Mobilisierung von Kurden aus, etwa indem die repressive Sprachpolitik die Bedeutung kurdischer Sprachen erst recht stärkte. Sprache war in zweifacher Hinsicht wichtig: Als Objekt der Repression war sie einerseits Symbol der Unterdrückung und bot andererseits zugleich eine Möglichkeit zur Abgrenzung von der türkischen Nation. Aufgrund der unterschiedlichen Loyalitäten gegenüber den verschiedenen Stämmen und der Solidaritäten innerhalb der Clans gab es nach wie vor unterschiedliche Ansichten im Hinblick auf eine gemeinsame Kultur, Ideologie und ein gemeinsames Selbstverständnis.

Das transstaatliche Scharnier

Nach den vorliegenden Kriterien für das Zustandekommen einer sozialen Bewegung wäre es höchst unwahrscheinlich gewesen, daß eine soziale Bewegungsorganisation wie die PKK über Jahre hinweg hätte relativ erfolgreich agieren können. Die Chance für die dauerhafte Etablierung einer sozialen Bewegungsorganisationen der Kurden in der Türkei muß trotz des unübersehbaren organisatorischen Potentials angesichts der staatlichen Repressionen als eher gering eingestuft werden. Dem widerspricht allerdings der Anstieg der Mitgliederzahl der PKK, eigenen Angaben zufolge, von anfänglich etwa 25 Personen auf mehrere zehntausend Guerillakämpfer. Weiteres Indiz für eine erfolgreiche Mobilisierung ist, daß die PKK durch ihre Forderung nach nationaler Eigenständigkeit über tribale und religiöse Differenzen hinweg in der Lage gewesen zu sein scheint, politischen Mißmut gegenüber dem türkischen Staat zu artikulieren und in einem bedeutenden Teil der kurdischen Bevölkerung zu wecken (Wießner 1997: 305). Für eine derart erfolgreiche Mobilisierung unter den weniger günstigen Voraussetzungen in der Türkei muß es weitere Mittel gegeben haben, mit dem die PKK Defizite kompensieren und vorhandene Ressourcen stärken konnte. Als Kandidaten kommen hierfür transstaatliche Möglichkeiten in Frage.

Der Aspekt transstaatlicher Möglichkeiten erweitert Ansätze, die Strukturen und Prozesse innerhalb eines Staates als einzige bzw. wichtigste Rahmenbedingungen für den Wettbewerb verschiedener Gruppen um Macht und Einfluß betrachten. Seit ihrer Entstehung im 18. Jahrhundert haben sich soziale Bewegungen durch den Einfluß anfangs von Druckmedien und später durch Telefon, Satellitenkommunikation, global empfangbare Fernsehprogramme, Internet und Faxgeräte rasch über die Staatsgrenzen hinweg ausgebreitet (vgl. Tarrow 1994; Tarrow 1996: 52). Neben den Ideen und Überzeugungen einzelner Migranten können auch ganze Ideenkomplexe sozialer Bewegungen von einem zum anderen Kontinent exportiert werden. Manche soziale Bewegungen sind derzeit sogar transstaatlich organisiert, beispielsweise *Amnesty International* oder *Greenpeace*. Es ist demnach nicht mehr möglich, die Entwicklung sozialer Bewegungen ausschließlich entlang der Beschaffenheit einzelner Staaten vorherzusagen oder zu interpretieren. Für ein umfassendes Verständnis der Handlungsweise einer Organisation bedarf es neben der Betrachtung der Ziele, ihrer Anhänger und des Zeitpunkts der Entstehung einer Prüfung der transstaatlichen Bindungen zu anderen Organisationen und den daraus resultierenden Strategien und Arten kollektiven Handelns. Insbesondere ist die Frage relevant, ob strukturelle Beschränkungen für soziale Bewegungen innerhalb eines Staates durch transstaatliche Orientierungen und Möglichkeiten kompensiert werden können.

Für die Beantwortung der Frage, wie die PKK die scheinbar so schwer mögliche Mobilisierung von Kurden bewerkstelligen konnte, gewinnen wir daraus ganz entscheidenden Hinweise: Ideen und andere Ressourcen sozialer Bewegungen werden aufgrund neuer technischer Möglichkeiten transstaatlich noch mobiler. Deshalb sollte eine Organisation stets auf ihre transstaatlichen Bindungen hin untersucht werden. Außerdem existiert ein Zusammenhang zwischen Migration und dem Zustandekommen sozialer Bewegungen. Dabei geht Tarrow (1996) jedoch davon aus, daß Ideen, wie auch bei dem Transfer von Inhalten bereits bestehender sozialer Bewegungsorganisationen, von einer Gesellschaft X im Herkunftsland auf eine Gesellschaft Y im Zuzugsland übertragen werden. An dieser Stelle bedarf die Überlegung Tarrows einer Ergänzung: Im Fall der PKK werden kurdisch nationalistische Ideen von der kurdischen Minderheit in der Türkei (Gesellschaft X) auf die kurdische Gemeinschaft in der Bundesrepublik (Ge-

sellschaft X') übertragen. Es ist also nicht so, daß kurdisch ethnisch-nationalistisches Gedankengut von der Türkei durch Kurden in die Bundesrepublik getragen wird und es dadurch zu einer separatistischen Bewegung der Bayern in Deutschland kommt. Die PKK besaß vielmehr die Möglichkeit Kurden zu mobilisieren, die bereits nach Europa migriert waren. Die Tatsache, daß es einen »Konfliktimport« von der Türkei nach Deutschland gegeben hat, zeigt, daß die Ethnisierung der Kurden in der Bundesrepublik sich ebenfalls nicht nur mit den Faktoren erklären läßt, die innerhalb des deutschen Staates wirksam waren.

Freiwillige und unfreiwillige Migration aus der Türkei

Der Herausbildung eines kurdischen transstaatlichen Raums Deutschland–Türkei gingen merkliche Wanderungsbewegungen voraus. In den 1960er Jahren kamen die ersten, etwa 85 % der heute in Deutschland lebenden Kurden als türkische Gastarbeiter ins Land (vgl. Faist, Kap. 1 in diesem Band, Abbildung 1.3). Als 1973 angesichts der Wirtschaftskrise die Bundesregierung die Rekrutierung von Gastarbeitern einstellte, migrierten vor allem diejenigen aus der Türkei nach Deutschland, die Angehörige von bereits im Land lebenden Arbeitsmigranten waren. Darüber hinaus versuchten Kurden vermehrt seit Ende der 1970er Jahre, infolge der politischen Verhältnisse in der Türkei, zunehmend Asyl in Deutschland zu finden (siehe Abbildung 1.4). Die Bundesrepublik wirkte besonders anziehend, weil sie bereits bestehende und ausbaufähige kurdische Migranten und Flüchtlingsnetzwerke zu bieten hatte (Uzulis 1998: 1).

Die Ereignisse in der Türkei seit dem 12. September 1980 verstärkten diese Entwicklung. An diesem Tag putschte das türkische Militär zum dritten Mal nach 1960 und 1971. Das Militär begründete sein Vorgehen mit dem Argument, daß die innere Sicherheit der Türkei durch die Unterminierung kemalistischer Prinzipien gefährdet gewesen sei. Daraufhin verbot sie alle politischen Parteien und schränkte außerdem die bürgerlichen Grundrechte ein. Das führte dazu, daß neben vielen anderen Systemgegnern vermehrt auch kurdische Aktivisten vieler Gruppierungen ins Exil gingen. Die PKK verlegte ihr Hauptquartier 1984 in das syrisch kontrollierte Bekaaal im Libanon, was ein weiteres Beispiel für die Herausbildung eines transstaatlichen

Raums der Kurden ist, in diesem Fall Türkei–Syrien. Die diplomatischen Spannungen zwischen Ankara und Damaskus ermöglichten der PKK nicht nur die Errichtung der militärischen und ideologischen Schulungsstätte »Mahsum-Korkmaz-Akademie«, sondern brachten ihr zusätzlich von syrischer Seite finanzielle und diplomatische Unterstützung (Cürükkaya 1997: 65). Seitdem verstärkte die PKK ihre Aktionen vornehmlich in Südostanatolien.

Der türkische Staat versuchte 1987, dieser Entwicklung mit der Stationierung von Militär und der Verhängung des Ausnahmezustands in den betroffenen Provinzen entgegenzuwirken. Als zusätzliches Mittel senkte die Türkei das staatliche Investitionsvolumen in Ostanatolien, um so gezielt die wirtschaftliche Situation in denjenigen Gebieten zu verschlechtern, die als potentiell kurdisch-revolutionär verdächtig wurden. Durch die Einstufung der meisten Provinzen im Südosten der Türkei als Krisengebiet wurden Gesetze, wie das der Pressefreiheit und das des Streikrechts, eingeschränkt oder sogar ausgesetzt. Als weitere Maßnahmen zur Beendigung des Widerstands setzte der türkische Staat Gefängnisstrafen, Folter und Überfälle auf kurdische Gemeinden ein und verbot kategorisch die freie Meinungsäußerung. Daraufhin flohen etwa zwei Millionen Kurden hauptsächlich in die Großstädte der Türkei und ein weiterer Teil nach Europa. Auch Turgut Özal schaffte mit seiner Politik trotz der Entschärfung verschiedener Gesetze zur Strafrechtsverfolgung und des Bemühens um einen Dialog mit den Kurden keine Wende. Der Nationale Sicherheitsrat entschied sich weiterhin für eine unveränderte militärische Präsenz und Taktik im Südosten der Türkei.

Die PKK im transstaatlichen Raum

Ging es im ersten Teil um die Analyse der drei Hauptfaktoren für die Entstehung der sozialen Bewegungsorganisation PKK in der Türkei, so soll der nun folgende Teil deren Relevanz für den transstaatlichen Raum erweisen.

In Deutschland leben etwa eine halbe Million Kurden, daneben sind in Frankreich mit 40.000 und Schweden mit 10.000 Personen die größten kurdischen Gemeinden in Europa angesiedelt (Robins 1993: 663). Die Anzahl der in den Niederlanden und Belgien lebenden Kurden ist zwar geringer. Jedoch konzentriert sich dort, unter anderem bedingt

durch das kurdische Exilparlament in Brüssel, eine Vielzahl kurdischer Politiker und Aktivisten.

Nachdem die PKK 1984 in der Türkei als terroristische Separatistenvereinigung eingestuft wurde, wandte sie sich der kurdischen Gemeinde in Deutschland und in anderen europäischen Ländern zu. Dabei ist eines der Hauptziele der PKK die Schaffung einer kurdischen Diaspora, um so ihre Forderung nach einem teilautonomen Kurdistan glaubwürdig zu machen (vgl. Faist, Kap. 1 in diesem Band). Kurdische Aktivisten betrachten die Gruppe aller Kurden als vertriebenes Volk mit einer kollektiven Erinnerung, verbunden mit der Vision einer gemeinsamen Heimat, deren geographischer Lage sowie von ihrer Geschichte und ihren Leistungen. Außerdem sind sie davon überzeugt, von der sie umgebenden Aufnahmegesellschaft nicht völlig akzeptiert zu werden, was das Bewußtsein von Fremdheit und Isolation schafft. Die Existenz Kurdistans wird als gegeben und als idealer Lebensort angesehen. In diesem Zusammenhang gilt eine Rückkehr als erstrebenswert, sobald die Verhältnisse dies zuließen. Es besteht eine kollektive Verpflichtung gegenüber dem Heimatland im Hinblick auf dessen Erhalt oder (historischer) Rekonstruktion, um Sicherheit und Wohlstand garantieren zu können. Schließlich konstituieren sie ihr ethnisches Bewußtsein und ihre Solidarität aus der intensiven Pflege ihrer persönlichen Beziehungen innerhalb der Gruppe (Wahlbeck 1998: 11).

Die politisch-rechtliche Situation im transstaatlichen Raum

In Deutschland bilden die gesetzlich verankerten Möglichkeiten der Organisation, wie etwa das Vereins- oder das Versammlungsrecht, die Grundlage für die transstaatliche Mobilisierung der Kurden. Anders als in der Türkei war hier mit gewalttätigen Repressionen durch den Staat nicht zu rechnen. Für den Zugang zum politischen System der Bundesrepublik und die Einforderung kultureller Rechte waren neben den rechtlichen Rahmenbedingungen noch andere Faktoren hilfreich. Grundsätzlich gelten die Regelungen zur Vereinsbildung und Versammlung zwar exklusiv für Deutsche, jedoch wurden diese Rechte für die niedergelassene ausländische Bevölkerung in Deutschland ausgedehnt. Außerdem war das Unterstützungspotential innerhalb der deutschen Gesellschaft hilfreich bei der Artikulation ethnischer Inhalte. Neben den Diskussionen um eine »multikulturelle Gesellschaft«

war die Unterstützung einer ethnischen bzw. separatistischen Gruppe für deutsche Linksin intellektuelle eine Möglichkeit, die Enttäuschung über das Scheitern des »real-existierenden Sozialismus« zu kompensieren und zudem den Kampf gegen Rassismus und gegen die mangelhafte Aufarbeitung des Nationalsozialismus auf Grundlage eines politischen linken Selbstverständnisses weiterführen zu können. Laut Verfassungsschutz wird die PKK von Personen unterstützt, die dem linksextremen Spektrum zugeordnet werden. Seit dem Verbot der Partei 1993 soll es etwa dreißig sogenannte »Kurdistan-Solidaritätskomitees« geben, die sich neben Mitgliedern der »autonomen« und »antiimperialistischen« Szene zum Teil auch aus Parteimitgliedern der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zusammensetzen (Die Zeit, 25.2.1999: 16). Daneben sollen sich einige studentische Organisationen, wie etwa der Allgemeine Studentenausschuß (ASTA) der Universität Bremen, für Kurden und die PKK mit finanziellen, strukturellen und organisatorischen Mitteln eingesetzt haben (vgl. Ronahî 14: 24).

Bei der Betrachtung des günstigen öffentlichen Klimas in Deutschland gilt es jedoch zu differenzieren: Das Unterstützerpotential kann aufgeschlüsselt werden in den Teil derer, die sich dem Multikulturalismus verbunden fühlen, »Altlinke« und marxistisch Inspirierte. Die letzte Gruppe teilt sich wiederum auf in jene, die legale oder illegale Handlungsformen bei der Durchsetzung in diesem Fall kurdischer Interessen tolerieren oder unterstützen. Diesen Verhältnissen entsprechend gestaltet sich auch die Landschaft kurdischer Organisationen in Deutschland: Neben der PKK gibt es in der Bundesrepublik etwa 150 weitere kurdische Organisationen, in denen etwa 50.000 Mitglieder organisiert sind (Die Zeit, 25.2.1999: 16). Die politischen und institutionellen Verhältnisse in Deutschland ließen, anders als in der Türkei, die Entstehung einer pluralistischen Landschaft kurdischer Organisationen zu: Die in den meisten Fällen als eingetragene Vereine registrierten Gruppierungen decken ein breites Spektrum hinsichtlich ihrer Aufgabenstellung, Arbeitsweise und thematischen Schwerpunkte ab. Von Ihnen werden unterschiedliche Formen kurdischen Nationalismus favorisiert. Prominente Beispiele hierfür sind: Forderungen nach moderatem Föderalismus in der Türkei, vertreten durch die Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan e.V. (*KOMKAR* = »Der kurdische Hirt«); eine Art linker Utopismus, vertreten durch die Demokratischen Arbeitervereine und -komitees Kurdistans (*HEVKAR*)

und ein radikaler Separatismus, vertreten durch die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (*YEK-KOM*), die Nachfolgeorganisation der 1993 verbotenen *FEYKA-KURDISTAN* (Falk 1998: 159; 173-178).

KOMKAR

Im Januar 1979 gründeten kurdische Intellektuelle in Deutschland die Organisation *KOMKAR*. Oberstes Ziel für die Mitglieder war seit Ausbruch des Konflikts die Beendigung des Bürgerkriegs und die Demokratisierung der Türkei. In einem nächsten Schritt sollte gemäß den staatspolitischen Ambitionen der *KOMKAR* der türkische Teil Kurdistans zum Bundesstaat innerhalb einer föderal konstituierten Türkei werden. Um das zu erreichen, setzt *KOMKAR* auf die Integration von Kurden in die deutsche Gesellschaft. So nämlich ließe sich der Dialog zwischen Kurden und Türken in der Bundesrepublik fördern. Zum einen sei damit ein friedliches Zusammenleben in Deutschland garantiert und signalisiere der Türkei zum anderen Verhandlungsbereitschaft. Dabei lehnt die Organisation zur Umsetzung dieser Politik jegliche Form von Gewalt ab. Das Spektrum der Strategien zur Umsetzung dieses Vorhabens reicht von der Herausgabe verschiedener Zeitungen über die Organisation von Presse- und Delegationsreisen bis hin zu Boykottaufrufen gegen Urlaubsreisen in die Türkei. In Deutschland kämpft die Organisation für die Anerkennung der Kurden als eine ethnische Gruppe. Die *KOMKAR* schätzt die Situation der in Deutschland lebenden Türken besser ein als die der Kurden. Grund dafür waren beispielsweise die Benachteiligung bei muttersprachlichem Schulunterricht und Schwierigkeiten bei der Führung kurdischer Namen. Die Lebensbedingungen werden jedoch als grundsätzlich positiv bewertet. Die *KOMKAR* ist bundesweit organisiert und unterhält Beziehungen zur *Türkiye Kurdistan Sosyalist Partisi* (PSK) in der Türkei.

HEVKAR

Die *Hevrgtina Karkarên Kurdistan* (*HEVKAR*) wurde 1989 ins Leben gerufen. Sie setzt sich für eine sozialistische Gesellschaftsordnung in der Türkei ein. Um die kurdische mit der deutschen Arbeiterklasse zu solidarisieren, organisiert die *HEVKAR* regelmäßige Kulturveranstaltungen. Die *HEVKAR* hat auch einen integratorischen An-

spruch und versucht, diesem über die Zusammenarbeit mit deutschen Menschenrechtsorganisationen gerecht zu werden. Die Organisation ist in der Region in und um Hamburg aktiv.

YEK-KOM

Im November 1993 verbot das Bundesministerium des Innern die *FEYKA-KURDISTAN*. Aus ihr ging im März 1994 die *YEK-KOM* als Nachfolgeorganisation hervor, die in enger Verbindung zur PKK stehen soll. Sie fordert ein unabhängiges Kurdistan, das auf der Vorstellung einer homogenen ethnischen Gemeinschaft basiert und kurdische Siedlungsgebiete in Iran, Irak und Syrien miteinbezieht. Die politischen Entwicklungen in der Türkei spielen für das Selbstverständnis der *YEK-KOM* keine Rolle. Mit Konferenzen und Öffentlichkeitskampagnen versucht die Organisation die Bundesrepublik dazu zu bewegen, politischen Druck auf die Türkei auszuüben. Die Organisation nimmt für sich in Anspruch, legitime Vertretung des kurdischen Volkes in Deutschland zu sein. Wie bei den zuvor genannten Organisationen gibt es über die bundesweit arbeitende *YEK-KOM* keine verlässliche Angabe über die Zahl der Mitglieder.

Die deutschen Behörden traten Ende der 1980er Jahre den Protestaktivitäten der Kurden wenig restriktiv entgegen. Der damalige Bundesminister des Innern, Manfred Kanther, favorisierte eine Doppelstrategie. Um die Situation zu entschärfen, bediente sich die deutsche Regierung einerseits der Strafverfolgung, andererseits bemühte sie sich gleichzeitig um Verhandlungen mit der verbotenen PKK (Die Zeit, 25.2.1999: 15). Der derzeitige Bundesminister des Innern, Otto Schily, bezeichnete die PKK zwar als eine Organisation mit einer schwer durchschaubaren Struktur, die es Kurden erlaube, bundes- bzw. europaweit konspirativ koordinierte Aktionen durchzuführen, jedoch hielt er die bereits zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mittel für ausreichend, um diese Entwicklung zu stoppen. Gesetzesänderungen hielt er in diesem Zusammenhang für problematisch. Als weitere Maßnahme zur Entschärfung des Konflikts fordert Schily in einem schon unter Kanther begonnenen Briefwechsel mit dem türkischen Innenminister Sicherheitsgarantien für abgeschobene kurdische Gewalttäter (Der Spiegel, 22.2.1999: 26).

Das liberal-demokratische System in Deutschland ermöglichte es

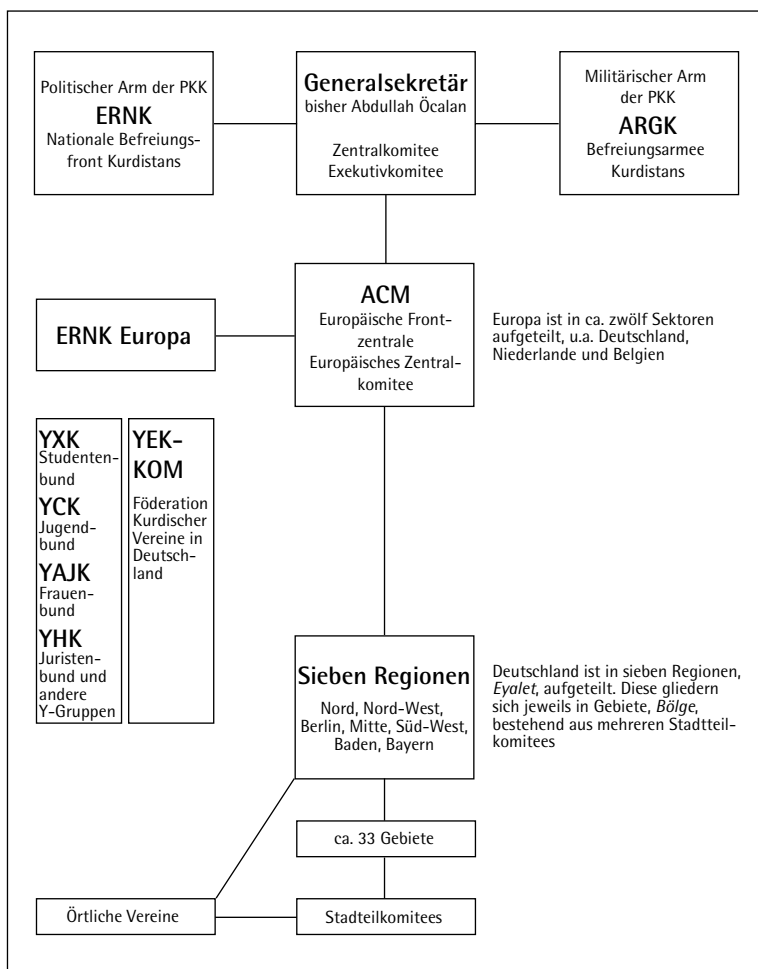
den Kurden, sich zu organisieren und kulturelle Praktiken zu pflegen. Die Zugangsmöglichkeiten zum politischen System waren in der Bundesrepublik weitaus besser als in der Türkei, dabei war der Kontakt mit und die Einbindung in themenzentrierte Netzwerke hilfreich, das heißt die enge Zusammenarbeit kurdischer und deutscher Organisationen, etwa mit Teilen der PDS. Dieser Umstand vermochte jedoch nicht die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland in ihrer grundsätzlichen Haltung gegenüber Kurden und kurdischen Organisationen zu verändern. Das wird insbesondere dadurch deutlich, daß sich der deutsche Staat bei der Einsetzung repressiver Mittel strikt an den rechtsstaatlichen Möglichkeiten der Strafverfolgung orientierte. Andererseits wiederum gab es jedoch, anders als in der Türkei, eine starke Zivilgesellschaft und eine breite öffentliche Diskussion zum Thema Multikulturalismus, was kurdische Organisationen bei der Formulierung kultureller Forderungen bestärkte und unterstützte.

Aufbau und Infrastruktur der PKK im transstaatlichen Raum

Die PKK teilt Europa in 12 Gebiete auf, zu denen unter anderem Deutschland, die Niederlande und Belgien gehören (Abbildung 5.1). Die Europäische Frontzentrale und das Europäische Zentralkomitee (ACM) steuern die Partei. Sprachrohr ist der politische Arm der PKK, die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK).

Finanziert werden die PKK und ihre Unterorganisationen unter anderem durch Mitgliederbeiträge, Erlöse aus Buchverkäufen und Spenden. Das Bundesministerium des Innern (1996: 5) behauptet, daß ein Teil dieser Spenden nicht freiwillig geleistet worden sei. Auch mit Schutzgelderpressung und Drogenhandel verschaffe sich die PKK finanzielle Mittel (Der Spiegel, 17.1.1999: 56). Hinzu kommt die finanzielle und strukturelle Unterstützung der deutschen Gruppierungen, die sich für die Interessen der PKK einsetzen. Die PKK hat Deutschland für sich in sieben Regionen mit ca. 33 Unterregionen und zahlreichen Stadtbezirken aufgeteilt. Die Dachorganisation *YEK-KOM* steht den kurdischen Vereinigungen in Deutschland vor. Die PKK ist in diesem Verband am größten und einflußreichsten. Die sieben Regionalchefs bekamen bis zu Öcalans Verhaftung ihre Anweisungen direkt vom selbst ernannten Kurdenführer. Von den sieben Regionalchefs ausgehend reichte die Befehlskette von 26 Gebietsleitern über 100

Abbildung 5.1: Die Organisationsstruktur der PKK



Quelle: Der Spiegel, 22.2.1999: 33

Stadtbeauftragte bis zu den Stadtteilbeauftragten, die via Telefon einzelne Aktivisten dirigierten (Die Zeit, 25.2.1999: 16). Um ihren Machtbereich zu vergrößern, versuchte die PKK, spezielle Gruppen wie Frauen, Aleviten, Juristen, Studenten und besonders junge Leute

anzusprechen. Ebenso bemühte man sich Nicht-Regierungsorganisationen zu unterstützen, die sich für kurdische Belange einsetzten.

Die in Europa erscheinende Zeitung *Serxwebun* (Unabhängigkeit) wurde herausgegeben, um Informationen über die Notlage des kurdischen Volks zu verbreiten (Bundesministerium des Innern 1996). Als zusätzliches Mittel hat sich die PKK stets die neueste Kommunikationstechnik zunutze gemacht. Mit Homepages im Internet versuchten sie jüngere Kurden anzusprechen. Mit dem eigenen Fernsehsender MED-TV fand die PKK einen Weg, die kurdische Gemeinde via Satellit in ganz Europa und im Nahen Osten zu erreichen und Symbole des ›kurdischen Freiheitskampfs‹ zu übertragen. Da allerdings die Sende-rechte wiederholt eingezogen wurden, war das Programm eine Zeit lang von Polen aus, dann von Belgien, ein anderes Mal wiederum über einen Sender in London bei der britischen *Independent Television Commission* zu empfangen, der seine Hauptstudios jedoch in Brüssel hatte (Van Bruinessen 1998: 47). Derzeit wird MED-TV von Paris aus gesendet (vgl. Heinemann/Kamcili, Kap. 4 in diesem Band).

Um ihre Stärke zu demonstrieren und die Mobilisierung der Kurden in Deutschland und Europa voranzutreiben, setzte die PKK physische und psychische Druckmittel nicht nur gegen andere, sondern auch gegen ihre eigenen Mitglieder ein (Cürükkaya 1997).

Die PKK in Deutschland ist, ähnlich wie in der Türkei, eine straff geführte Organisation. Sie kann, hier wie dort, auf feste Familienverbände mit schwach ausgeprägten Bindungen zur in diesem Fall deutschen sozialen Umwelt zurückgreifen. In der kurdischen Hochburg Celle etwa leben ca. 2.600 Kurden in einer bestimmten gemeinschaftlichen Ordnung, die von außen schwer erkennbar ist. Aus religiösen Gründen sei es den Mitgliedern beispielsweise nicht gestattet, die Ehe mit Gruppenfremden einzugehen, so daß die Exklusivität der kurdischen Gemeinde nachhaltig konserviert werde (Die Zeit, 25.2.1999: 15). Diese strukturelle Voraussetzung, also die Möglichkeit, traditionelle Bräuche frei auszuüben und die relative politische Bewegungsfreiheit in Deutschland machen zusammen mit den technischen Möglichkeiten einen grenzüberschreitenden Transfer von finanziellem, sozialem und kulturellem Kapital möglich. Zur Umsetzung dieser Transfers bediente sich die Arbeiterpartei einer Mischung aus Solidaritätsappellen und Gewalt.

Diffuse Solidarität schafft Abhängigkeiten mit problematischen Konsequenzen. So können etwa die auf Reziprozität und Solidarität basierenden Beziehungen die Freiheit des Einzelnen und die seiner Familie unterschiedlich stark einschränken. Negative Verzinsung sozialen Kapitals beschränkt sich dabei nicht auf familiäre Strukturen, sondern ist beispielsweise für die in Deutschland lebenden Kurden von besonderer Bedeutung: Über die diktierte Solidarität mit der PKK geraten kurdische Familien unter Druck, indem sie für die kurdische Arbeiterpartei personell oder finanziell aufzukommen haben. Kriminellerpresserische Gewalt trifft häufig gerade Kurden, die in Deutschland leben. Familien, die sich nicht eindeutig zur PKK bekennen, werden als potentielle Gegner angesehen. Die grausame Praxis der PKK innerhalb der kurdischen Gemeinschaft stellt sich ganz besonders dann als negatives Kapital dar, wenn kurdische Familien einen ihrer Nachkommen der PKK als »Friedenspfand« überlassen, damit der Rest der Familie verschont bleibt. 1993 wurde die PKK auf Veranlassung von Innenminister Kanther zunächst als terroristische Vereinigung nach Artikel 129a StGB eingestuft. Fünf Jahre später erging jedoch ein Urteil, welches die Rückstufung der Organisation in den Status einer kriminellen Vereinigung gemäß Artikel 129 StGB nach sich zog. Keines der Urteile konnte jedoch die Festigung der Organisationsstrukturen und den Anstieg der Mitgliederzahl auf etwa 11.000 Personen in Deutschland verhindern. Die Mitglieder der PKK bringen für ihre Partei seit Ende 1993 jährlich ungefähr 20 Millionen Mark auf (Die Zeit, 18.2.1999: 1). Bei Feierlichkeiten, wie etwa Hochzeiten oder Begräbnissen, werden anscheinend die Teilnehmer durch Mitglieder der PKK genau daraufhin kontrolliert, wieviel oder wie wenig sie zu diesem Anlaß für die PKK spenden. Wer nichts oder zu wenig gibt, wird unter Druck gesetzt. Bei Streitigkeiten zwischen zwei kurdischen Clans versucht die PKK, den Konflikt zu schlichten mit dem Ziel, schließlich beide oder wenigstens eine Familie als neue Gefolgsleute für sich vereinnahmen zu können. Die so gewonnenen Mittel werden jedoch nicht ausschließlich für weitere Propaganda in Deutschland verwendet, sondern nach Angaben des Bundesministeriums des Innern auch für terroristische und militärische Aktivitäten in der Türkei. Die PKK benötigte jährlich etwa 50 Millionen DM für die finanzielle Versorgung ihrer unterschiedlichen Organisationen (Die Zeit, 25.2.1999: 16).

Im Hinblick auf die interne Stärke der PKK in Deutschland ist feststellbar, daß sich die Qualität der deutschen und der türkischen Infrastruktur und die damit verbundenen Möglichkeiten der Kommunikation relativ stark ähneln. Bei der Rekrutierung neuer Mitglieder versucht die PKK in Deutschland wie in der Türkei hauptsächlich bei kurdischen Familien für sich und ihre Ziele zu werben. Als Unterschied wäre zu nennen, daß aufgrund der politischen Möglichkeiten in der Bundesrepublik der Bewegungsspielraum für die Partei und ihre Unterorganisationen größer ist und dadurch einen stärkeren Ausbau der Organisationsstrukturen ermöglicht. Der Aufbau einer effizienten Organisation der Kurden in Deutschland hatte jedoch nicht nur Auswirkungen auf Europa und die Bundesrepublik. In Deutschland und Europa zusammengetragene Mittel und rekrutierte Personen konnten nun auch für die Aktivitäten der PKK in der Türkei eingesetzt werden.

Diffuse Solidarität

In den 1970er Jahren beschränkten sich Kurden auf den Betrieb von Teestuben-Arbeitervereinen. In den 1980er Jahren organisierten sich die Vereine entlang der Demarkationslinien in der Türkei. Kurdische Gruppierungen wollten sich nun klar von der Türkei distanzieren und trugen so zur Ethnisierung der verschiedenen Organisationen der kurdischen Minderheit in Deutschland bei (Falk 1998: 181). Der transstaatliche Raum Deutschland–Türkei ermöglichte einen Transfer der sich formierenden kurdischen Identität. In Deutschland wurden Sprache, Kultur und Symbole kurdischer Herkunft herangezogen, um das Bild einer homogenen kurdischen Gemeinschaft zu schaffen, die sich von der türkischen signifikant unterscheidet. Die günstigen politischen Verhältnisse in Deutschland ermöglichten die Einführung und teilweise die Weiterentwicklung kultureller Inhalte. Beispielsweise wurden traditionelle kurdische Feste besonders wichtig genommen: *Newroz*, das kurdische Neujahrsfest, ist ein prominentes Symbol, das für den kurdischen Befreiungskampf steht. Seit den kurdischen Aufständen 1990 ist *Newroz* von besonderer Bedeutung und wird auch in Deutschland öffentlichkeitswirksam begangen.

Seit Anfang der 1980er Jahre arbeiten viele Autoren am Bild eines ›einheitlichen Kurdentums‹, um so ein homogenes Bild der kurdischen Geschichte zu zeichnen. Manche weisen beispielsweise auf die Ver-

säumnisse hin, die im Zusammenhang mit den Verträgen von Sèvres vom 10. August 1920 und Lausanne vom 24. Juli 1923 stünden und für die die Siegermächte des Ersten Weltkriegs und die Türkei verantwortlich seien. Sowohl kolonialistische Interessen Englands und Frankreichs als auch die Reaktion des entstehenden türkischen Staates auf den Diktatfrieden seien als Gründe dafür zu nennen, daß die Umsetzung der vorgesehenen lokalen Selbstverwaltung im türkischen Teil »Kurdistan« hätte scheitern müssen (Khalil 1992: 23). Als weitere Eckpfeiler der »kurdischen Geschichte« werden von den etwa zwanzig Kurden-Aufständen in der Zeit zwischen 1925 und 1940 in der Regel der Aufstand unter der Führung von Scheich Said von Piran im Jahr 1925, der Ararat-Aufstand von 1928 bis 1930 und der Dersim-Aufstand von 1937 bis 1938 besonders hervorgehoben: Diesen Aufständen werden seitens der PKK kurdisch-nationalistische Motive zugeschrieben.

Um die Vorstellung einer kulturellen Identität voranzutreiben, wird parallel zu den Bemühungen um ein einheitliches Bild der kurdischen Geschichte versucht, Religion und Sprache zu einen. In der Türkei gibt es über vierzig verschiedene ethnisch, sprachlich und religiös unterscheidbare Gruppen (Falk 1998: 138). Die Glaubensunterschiede kurdischer Gruppierungen ist begründet durch den gleichzeitigen Einfluß von Islam, Christentum, Judentum und weiteren vorislamischen Religionen und Bewegungen wie Zoroastrianismus, Mithraismus, Manichaeismus, die Mazdakite Bewegung und zahlreiche andere. Derzeit ist die größte Gruppe die der sunnitischen Moslems, danach folgt die der Aleviten. Daneben gibt es noch marginale Gruppen wie die der schiitischen Moslems, der *Yârsân*, der *Yezidi* und der Christen (Izady 1992: 132). Die PKK suchte dementsprechend nach Möglichkeiten, religiöse Differenzen, etwa zwischen kurdischen Aleviten und türkischen Sunniten, in einen ethnischen Konflikt zu verkehren. Einige Führer der Kurden orientierten sich bei ihrem Verständnis von Einheit am Vorbild der Araber. Diese definieren ihre nationale Zusammengehörigkeit primär über ihre gemeinsame Geschichte und Kultur (Izady 1992: 185) und blenden dabei die multiethnische, multikulturelle, multiethnische und multilinguale Beschaffenheit ihrer Gemeinschaft aus.

Die verschiedenen kurdischen Sprachen sind ein entscheidendes Hindernis bei der Verständigung zwischen Kurden. Somit ist die Schaffung einer einheitlichen kurdischen Sprache von besonderer Be-

deutung. Durch das repressive Sprachengesetz der Türkei wurden die kurdischen Sprachen und ihr inoffizieller Gebrauch darüber hinaus zum Symbol des kurdischen Freiheitskampfes stilisiert, der in Folge dessen über die Verbreitung von Zeitungen, Fernsehen, Musik- und Videokassetten in kurdischen Gemeinden innerhalb und außerhalb der Türkei geführt wurde. Weiterer Anhaltspunkt für die zentrale Rolle der Sprache sind die Gründungen kurdischer Institute in Paris, London, Brüssel und Berlin (Yavuz 1998: 15). In diesen Zentren versuchen kurdische Intellektuelle ein auf dem *Kurmancî*-Dialekt basierendes Standard-Kurdisch zu entwickeln. In Deutschland waren Verbote kurdischer Organisationen und Einschränkungen bei der Einrichtung von Kurdischunterricht an öffentlichen Schulen sowie Restriktionen gegen den Eintrag kurdischer Namen beim Standesamt für die PKK und die ihr nahestehenden Gruppierungen Anlaß, den deutschen Staat als ›Erfüllungsgehilfen‹ der Türkei zu bezeichnen (Falk 1998: 175-176). Die PKK stützte sich auf diese Argumentation, um damit auch gewalttätige Aktionen in Deutschland zu legitimieren. Öcalan selbst hat beispielsweise unter anderem in einem Gespräch mit Günter Wallraff auf die Untrennbarkeit von türkischer und deutscher Geschichte hingewiesen (Cürükkaya 1997: 233).

Von ›kurdischer Identität‹ in Deutschland war erstmals zu Beginn der militärischen Auseinandersetzung in Südostanatolien Anfang der 1980er Jahre die Rede. Die politischen Möglichkeiten in Deutschland erleichterten es kurdischen Aktivisten, kulturelle Versatzstücke zusammenzufügen und weiter zu entwickeln. Moderne Kommunikationsmittel sicherten den Austausch zwischen den in Deutschland und den in der Türkei lebenden Kurden und ermöglichten so die Weiterentwicklung des kulturellen Status Quo. Die Möglichkeit, ethnisch-kulturelle Elemente, wie Sprache und Traditionen über Grenzen hinweg frei ausdrücken zu können, war die Grundlage für die Mobilisierung von Kurden für ein ethno-nationales Projekt: »Es hat immer Kurden innerhalb der türkischen Gemeinde der Gastarbeiter gegeben, jedoch bemerkten die meisten erst nach ihrer Ankunft in Europa, daß sie Kurden waren« (Leggewie 1996: 82, meine Übersetzung). Die Massenmobilisierungen von Kurden sind erst durch die transstaatlichen Bindungen in greifbare Nähe gerückt. Diese sich immer mehr wandelnde ›kurdische Identität‹ konnte in Deutschland durch kurdische Aktivisten für die Mobilisierung diffuser Solidarität genutzt werden.

Eine Art »Wir-Gefühl« wurde also auf verschiedene Weise von kurdischen Aktivisten genutzt. Auf der einen Seite schaffte sie eine (subjektive) Gegenöffentlichkeit zur türkischen Darstellung der Wirklichkeit sowie eine Abgrenzung gegenüber den türkischen Gruppen in Deutschland. Auf der anderen Seite diente sie der Mobilisierung der kurdischen Minderheit in Deutschland und Europa.

Transstaatliche Auswirkungen

Um die Anerkennung der kurdischen Ethnie und die Idee der »kurdischen Sache« durchzusetzen, bediente sich die PKK des gesamten Repertoires kollektiven Handelns radikaler politischer Bewegungen: Die Aktionen reichten von militärischen Aktionen, Terroranschlägen, friedlichen und gewalttätigen Demonstrationen, Selbstverbrennungen, Hungerstreiks sowie Besetzungen offizieller Einrichtungen bis hin zu institutionalisierten Maßnahmen, wie Schulungen und Tagungen. Die Art kollektiven Handelns orientierte sich dabei tendenziell am Handlungsspielraum, den der jeweilige Staat eröffnete. In der Türkei ging die PKK mit militanten Mittel vor, um ihre Ziele durchzusetzen, während sie in Deutschland versuchte, mit weitgehend systemkonformen, aber durchaus auch spektakulären Mitteln und öffentlichkeitswirksamen Aktionen die deutsche Regierung dazu zu bewegen, Druck auf den türkischen Staat auszuüben. Um den Anschein demokratischer Gesinnung zu wecken und damit den Einfluß auf die Mitgliedsstaaten der EU zu erhöhen, gründete die PKK 1995 in Brüssel das kurdische Exilparlament. Von hier aus steuerte auch die Europavertretung der ERNK ihre Öffentlichkeitsarbeit. Laut Verfassungsschutz war der Mittelpunkt der Europäischen Frontzentrale der PKK in derselben Straße Brüssels ansässig wie auch das Exilparlament, wobei es auch personelle Überschneidungen gegeben haben soll (Die Woche, 26.2.1999: 18).

Bislang konnte weder das Ziel eines unabhängigen Kurdistan, noch die Umwandlung der Türkei in einen föderativen Bundesstaat oder eine maßgebliche Änderung der Politik des türkischen Staates erreicht werden. Es ist darüber hinaus nicht gelungen, den deutschen Staat zum Anwalt der Kurden im Sinne der PKK gegenüber der Türkei zu instrumentalisieren. Allerdings konnte die PKK viele Meinungsträger im links-liberalen Lager beeinflussen. Diese wiederum nahmen die »Kur-

denfrage« zum Anlaß, Waffenlieferungen aus Deutschland in die Türkei erst einmal zu vereiteln. Die Entscheidung der deutschen Regierung Ende 1999, nur ein Probeexemplar des *Leopard 2*-Panzers an die Türkei zu liefern, legt dafür beredtes Zeugnis ab.

Auswirkungen auf die Türkei

Trotz entschiedener Gegenmaßnahmen des türkischen Staates konnte die PKK Kurden durch den transstaatlichen Umweg über Deutschland und Europa mobilisieren. An dieser Stelle zeigte sich, daß sich der vom türkischen Staat als »internes Terrorismusproblem« bezeichnete Konflikt nicht auf die Türkei reduzieren ließ, da die PKK aufgrund ihrer transstaatlichen Bindungen in der Lage war, eine Mobilisierung der Kurden auf türkischem Staatsgebiet zu initiieren. Die Türkei versuchte dennoch mit fortgesetzter Assimilationspolitik, militärischer Gewalt und Kriminalisierung der Entwicklung kulturell divergenter Gruppen entgegen zu wirken. Außer der PKK betraf dies auch Menschenrechtsorganisationen, wie beispielsweise der *Türkiye İnsan Hakları Vakfı* (TİHV) und der *İnsan Hakları Denedği* (IHD) (vgl. Liese, Kap. 8 in diesem Band) und deren Unterstützer. Die Maßnahmen gegen die Aktivitäten der PKK zogen für die Türkei seit Anfang der 1980er Jahre erhebliche Belastungen nach sich: Die militärische Auseinandersetzung in Südostanatolien, Terroranschläge und erhebliche Kosten, bedingt durch den Betrieb des militärischen Apparats in der Krisenregion, der jährlich etwa 8 Milliarden Dollar kosten soll (Beriker-Atiyas 1997: 439). Weitere Einbußen waren auch in der Touristikbranche zu verzeichnen: Öcalan drohte mit Attentaten auf Urlaubsorte in der Türkei, an denen sich hauptsächlich deutsche Urlauber aufhielten. Auch außenpolitisch hat das Verhalten der Türkei zu Schwierigkeiten geführt: Die EU begründete vor 1999 ihre Entscheidung, die Türkei nicht als Beitrittskandidaten aufzunehmen u.a. damit, daß das Demokratiedefizit noch nicht abgebaut und die »Kurdenfrage« noch nicht zufriedenstellend gehört sei. Die Beziehungen zu Deutschland und den Nachbarstaaten Iran, Irak und Syrien wurden durch die Politik der Türkei ebenfalls immer wieder belastet.

Die Türkei versucht den Konflikt mit klassischen Mitteln der Innenpolitik und mit militärischen Interventionen in Anrainerstaaten zu bewältigen: Über den Einsatz militärischer und juristischer Mittel soll

die territorial-kulturell separatistische Bewegung gestoppt werden. Daneben verspricht man sich heute von der »Operation Zärtlichkeit«, die dem wirtschaftlichen Aufbau dienen soll, die Befriedung der Krisenregion (Die Woche 9: 18).

Auswirkungen auf Deutschland

Während der 1980er Jahre begann die PKK, ihren Protest in Deutschland zu formulieren. Die Protestwelle erreichte Anfang der 1990er Jahre ihren Höhepunkt. Als Folge der Protestaktionen wurde die PKK 1993 in Deutschland verboten. Die Formen des Protests blieben unverändert, bis sich die PKK 1996 öffentlich von gewalttätigen Aktionen in Deutschland distanzierte.

Die PKK schöpfte jede Möglichkeit aus, um den Konflikt mit der Türkei ins Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit zu bringen. Der in der Bundesrepublik vorgetragene Protest der PKK äußerte sich in verschiedenen Formen: Erstens demonstrieren die Anhänger der Organisation gegen die Maßnahmen der türkischen Militärs im Südosten der Türkei, indem sie in Deutschland Hauptverkehrsstraßen blockierten, Großkundgebungen abhielten und Hungerstreiks öffentlichkeitswirksam inszenierten. Zum zweiten wurden in Deutschland Anschläge auf türkische Mitbürger und deren Geschäfte und Einrichtungen verübt. Drittens richtete sich der Protest der PKK auch gegen jene Maßnahmen des deutschen Staates, die den Aktionsradius der Partei beschränken sollten. Viertens waren nicht nur türkische und deutsche Einrichtungen Ziel von Aktionen der PKK, sondern auch kurdische Konkurrenzorganisationen. In der Zeit zwischen 1989 und 1991 sollen mehrere KOMKAR-Mitglieder von PKK-Anhängern ermordet worden sein (Falk 1998: 70).

Ein Höhepunkt der Gewalt war im November 1993 erreicht, als während mehrerer Übergriffe auf türkische Geschäfte und Einrichtungen eine Person ums Leben kam und mehrere Schwerverletzte zu beklagen waren. Alle großen Parteien außer Bündnis 90/Die Grünen sprachen sich daraufhin für ein Verbot der PKK aus. Bevor es jedoch zum Verbot der PKK kam, versuchte der deutsche Staat, die Organisation mit anderen juristischen Mitteln zu bekämpfen: Die Polizei führte beispielsweise vermehrt Haussuchungen bei verdächtigen Personen durch. 1988 verurteilten Gerichte 16 Kurden wegen des Mordes an

drei Türken. Prominentester Fall aber war die Anklage von 19 Kurden durch den Generalbundesanwalt nach Paragraph 129a StGB (Markmeyer 1989). Dies bedeutete, daß die PKK als terroristische Vereinigung eingestuft wurde.

Ende 1993 wurde dann ein Verbot der Partei und 35 ihrer Unterorganisationen verhängt. Bayram Aslan, Mitglied des Komitees für Kurdistan, beschuldigte im Zuge dessen den deutschen Innenminister Manfred Kanther, im Krieg gegen die Kurden Partei für die Türkei ergriffen zu haben. Seitdem nahmen die gewalttätigen Aktionen, etwa physische Auseinandersetzungen mit Polizisten bei Demonstrationen und Anschläge auf türkische Geschäfte und Einrichtungen gegenüber den bereits genutzten Möglichkeiten kollektiven Handelns zu. Kurdische Geiselnnehmer verlangten während der Besetzung eines türkischen Konsulats, der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl solle die türkische Regierung auffordern, den Krieg gegen die Kurden zu beenden.

Ende 1996 ordnete Öcalan erneut Gewaltverzicht für die PKK und ihre Sympathisanten auf dem Gebiet der Bundesrepublik an. Etwa ein Jahr später wurde Öcalan aus Syrien ausgewiesen. Seine Flucht endete mit der Entführung durch eine Spezialeinheit des türkischen Geheimdiensts aus der griechischen Botschaft in Kenia. In der darauffolgenden Zeit wurde noch einmal deutlich, wie stark die PKK, ihre Unterorganisationen und Sympathisanten in Deutschland und Europa transstaatlich vernetzt waren. Zur selben Zeit wurden in europäischen Großstädten griechische Botschaften und Konsulate besetzt, türkische Einrichtungen angegriffen und Demonstrationen organisiert. Bei den in diesem Zusammenhang bundesweit abgehaltenen Protestkundgebungen, kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei. Das hatte eine Änderung des Ausländerrechts nach Paragraph 47 des Ausländergesetzes zur Folge. Für die Ausweisung eines Ausländers genügte nunmehr die Verurteilung zu einer dreijährigen Haftstrafe, während bis dahin eine fünf oder acht Jahre währende Strafe zur Ausweisung führte. Das Gesetz zur Regelung von Landfriedensbruch (Paragraph 125 StGB) wurde dahingehend ergänzt, daß nun auch einfacher Landfriedensbruch dann als schwer eingestuft werden kann, wenn er im Zusammenhang mit einer verbotenen Demonstration geschieht.

Seitdem ist es nicht wieder zu derartigen Gewaltaktionen gekommen; sogar nach Öcalans Verurteilung zum Tod verhielt sich das mo-

bilisierbare Potential der Kurden relativ ruhig. Vor, während und nach seinem Gerichtsverfahren rief der Generalsekretär der PKK dazu auf, Gewaltverzicht zu üben und den Kurdenkonflikt auf dem Gebiet der Türkei politisch zu lösen. Dort jedoch wurden seit Öcalans Verhaftung bis Mitte 1999 noch über 300 Bombenanschläge verübt.

Sowohl die türkische als auch die deutsche Regierung versuchen, dem Problem mit herkömmlichen, wenn auch höchst unterschiedlichen nationalstaatlichen Mitteln beizukommen: Seit 1985 steht die PKK unter Beobachtung des Verfassungsschutzes (Lavel 1987: 8-9). Gesetze wurden verschärft und die Strafverfolgung von PKK-Aktivist*innen intensiviert. Die Bemühungen, die PKK und ihre Nebenorganisationen mittels rechtsstaatlicher Mittel kontrollieren zu können, blieben weitgehend erfolglos: Zeitlich koordinierte Demonstrationen in achtzehn europäischen Städten nach der Verhaftung Öcalans sind ein Hinweis darauf, daß die PKK trotz des Verbots eine funktionierende Organisation ist, die mit erheblichen finanziellen Ressourcen ihrer Mitglieder kalkulieren kann. Eine ausschließlich einzelstaatliche Politik ist offenbar nicht geeignet, ein transstaatliches Problem zu bearbeiten oder gar zu lösen.

Fazit

Wie ich gezeigt habe, ist der Grad der Mobilisierung der Kurden durch die PKK eng verbunden mit der Existenz und Wirksamkeit eines kurdischen transstaatlichen Raums Türkei–Deutschland. Demnach wird deutlich, daß die erfolgreiche Mobilisierung der Kurden nur dann adäquat verstanden werden kann, wenn wir Theorien Sozialer Bewegungen um das Konzept Transstaatlicher Räume erweitern. Die PKK läßt die unterschiedlichen Mobilisierungsfaktoren in Deutschland und der Türkei zahnradartig ineinandergreifen. Im Zuge der Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen konnte die PKK die für sie schlechten rechtspolitischen Rahmenbedingungen im Herkunftsland durch die Nutzung einer intakten Kommunikations- und Infrastruktur in Deutschland ausgleichen. Außerdem intensivierte sie eine im Aufbau befindliche kurdische Solidarität in Deutschland. Grundlage dafür war die Weiterentwicklung einer diffusen Solidarität durch die PKK unter den günstigen öffentlichen und politischen Bedingungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern. Die Übertragung der

kaderartigen Infrastruktur der PKK von der Türkei nach Deutschland garantierte der Führung zusätzlich die effiziente Mobilisierung und Organisation des kurdischen Widerstands. Für die Ausweitung des militärischen Widerstands der Kurden konnten nunmehr Personen und Geld aus der Bundesrepublik in die Türkei transferiert werden. Dabei finanzierte die PKK beispielsweise die militärische Ausbildung der neuen Rekruten in Syrien mit in Deutschland und Europa wie auch immer gesammelten finanziellen Mitteln.

Die Politik aller Beteiligten hat, wie die Vergangenheit zeigt, den Konflikt nicht eindämmen können, sondern hat ihn noch verschärft. Die Versuche einer militärischen Konfliktbewältigung in der Türkei und die juristischen Bemühungen der Bundesrepublik, das Problem mit Einschränkungen und Verboten lösen zu wollen, scheinen bis heute das Gegenteil zu bewirken. Die Auseinandersetzung spitzt sich zu in Form einer Negativspirale mit tragischen Folgen für alle Betroffenen. Das Bestreben der Türkei, eine ethnisch homogene Nation zu konstituieren, ging mit der Repression des Kurdentums einher. Dadurch wurde jedoch nicht nur wie beabsichtigt das auf dem Gebiet der Türkei lebende Volk geeint, sondern indirekt und in Ansätzen auch ein Teil der kurdischen Bevölkerung. Dieser Effekt verstärkte sich, je drastischer die repressiven Maßnahmen der Türkei und die rechtsstaatlichen Mittel der anderen betroffenen Staaten ausfielen. Bis dahin handelte es sich um eine Mobilisierung, die relativ genau auf ein Gebiet festgelegt werden konnte: in der Hauptsache Südostanatolien, türkische Großstädte und Teile von Irak, Iran und Syrien. Entscheidende Veränderungen ergaben sich aus der später beginnenden militärischen Auseinandersetzung und der folgenden Fluchtbewegung. Die relativ große Zahl kurdischer Migranten in Deutschland, die schon vor den Flüchtlingen über die Arbeitsmigration der 1960er Jahre gekommen war, bildete eine Voraussetzung für die Entstehung des transstaatlichen kurdischen Raums Deutschland–Türkei. Obwohl die »kurdische Identität« noch in der Entwicklung steckte, war sie kraftvoll genug, den Prozeß der Ethnisierung und Politisierung der Kurden in Deutschland und Europa in Gang zu setzen. Dieser Prozeß war von Rückkopplungseffekten gekennzeichnet: Die Mobilisierung von Kurden, wie sie sich in der Türkei entwickelt hatte, fand Eingang nach Europa, konnte dort weiterentwickelt werden und beeinflusste wiederum die Mobilisierung in der Türkei. In diesem Zusammenhang bildete Eu-

ropa und speziell Deutschland für die Kurden eine zweite Arena, in der die politischen Wettkampfbedingungen günstiger waren als die in der Türkei. Die unverändert restriktive Kurdenpolitik der Türkei muß als eine der Ursachen für die gesteigerte Mobilisierungsfähigkeit potentieller Anhänger der PKK angesehen werden. Drei Umstände waren der Mobilisierung und Rekrutierung für die PKK zuträglich: Erstens die andauernde militärische Auseinandersetzung in der Türkei und im Irak, zweitens die liberale politische Chancenstruktur in Deutschland und drittens integratorischen Defizite sowohl in der Türkei, als auch in der Bundesrepublik.

Die Folgen des integratorischen Defizits auf beiden Seiten äußern sich wie folgt: In der Türkei sind die Kurden gegenüber dem türkischsprachigen Teil der Bevölkerung materiell und gesellschaftspolitisch benachteiligt. Kurden sind bezüglich Einkommen, Bildung, Gesundheitsversorgung, Eigentum und staatlicher Förderungen im Durchschnitt schlechter gestellt. Dazu kommt die kulturelle Benachteiligung, da sie in der Ausübung von Sprache und kulturellen Praktiken eingeschränkt sind (İçduygu et al. 1999: 996-998). In Deutschland stehen einer erfolgreichen Integration in die Gesellschaft folgende Faktoren im Weg: Erstens, das Verbot einiger kurdischer Organisationen und die damit verbundene Schwächung kurdischer Funktionäre bei ihrer politischen Arbeit; zweitens, die Benachteiligung bei der Förderung kurdischer Interessengruppen im Vergleich zu türkischen Einrichtungen und drittens, die relativ geschlossenen Strukturen kurdischer Familien, die die Etablierung von Kontakten zur deutschen Umgebung erschweren. Diese Umstände weiß die PKK wirkungsvoll zu nutzen, indem sie ihren Mitgliedern das Gefühl von Halt gibt und ihnen klare Ziele vermittelt. Ähnlich wie bei den Kurden, die sich in den türkischen Großstädten dem Verlust ihrer gesellschaftlichen Orientierung ausgesetzt sahen, war der Beitritt zur PKK für die in Deutschland lebenden Kurden eine Möglichkeit, Anerkennung zu erfahren und eine Lebensperspektive zu entwickeln (Liebe-Harkort 1997).

Der transstaatliche Aspekt dieses Konflikts ist eines der Hauptprobleme für die Konfliktbewältigung: Weder Deutschland noch die Türkei kann sich mit entsprechenden Maßnahmen auf die gesamte kurdische Bevölkerung beziehen. Dies kann im Zusammenspiel der Transfermöglichkeiten, die ein transstaatlicher Raum bereitstellen kann, dazu führen, daß der ›gegenüberliegende‹ Nationalstaat sich wie ein Re-

sonanzraum verhält. Die PKK kann militärische und politische Niederlagen mit Hilfe ihrer Mitglieder in anderen Ländern verwinden oder sogar für eine verstärkte Mobilisierung von Kurden nutzen. Das ist nur möglich, weil es neben der PKK in Südostanatolien ein Netzwerk kurdischer PKK-Mitglieder und Sympathisanten in Deutschland und Europa gibt, die mittlerweile zusätzlich in themenzentrierten Netzwerken aktiv sind. Der Kurdenkonflikt ist ein transstaatliches Problem und muß auch als solches behandelt werden. Deutschland könnte mittels einer differenzierten Außenpolitik gegenüber der Türkei, die die »Kurdenfrage« stärker miteinbezieht, und über eine dementsprechende Politik innerhalb der EU, langfristig die Demokratisierung der Türkei begünstigen und damit gleichzeitig einen Beitrag zur Lösung des innerstaatlichen Problems der PKK leisten. Neben der immer wieder von der EU geforderten Einhaltung der Menschenrechte, könnten die Umwandlung der zentralistisch organisierten Türkei in einen föderalen Staat und zusätzlich der Machtabbau des Nationalen Sicherheitsrats zur strikten Bedingung für eine Aufnahme in die EU gemacht werden. So wäre es möglich, die politischen Institutionen der Türkei zu demokratisieren und eine Dezentralisierung und Entkopplung von Politik, Militär und Wirtschaft in Gang zu setzen. Das militärische Vorgehen der Türkei zur Lösung des Kurdenkonflikts wirkt sich stets auch auf die Situation in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern aus. Deshalb ist die transstaatliche Wahrnehmung und Bearbeitung des Problems neben integratorischen Maßnahmen in jedem der beteiligten Staaten unerlässlich, um die Chance auf eine Lösung der Auseinandersetzung nicht zu verspielen.

Anmerkung

- 1 Ich danke den Mitgliedern der Arbeitsgruppe »Transstaatliche Räume« unter der Leitung von Thomas Faist, dabei und insbesondere Thomas Faist, Jürgen Gerdes, Fuat Kamcili, Klaus Liebe-Harkort und Dag-Udo Lippe für ihre inhaltliche und persönliche Unterstützung.

